

DIE GEMEINDE

AUSGABE 14 |
DEZEMBER 2011



ZEITSCHRIFT DES SÜDTIROLER GEMEINDENVERBANDES

NOTIZIARIO DEL CONSORZIO DEI COMUNI · PLATA DL CUNSORZ DI CHEMINS



Freiwilligenarbeit als gesellschaftliche Basis

Hilfsbereitschaft im ganzen Land

Glückspielsucht

Großer Handlungsbedarf
auch in Südtirol

Abfallwirtschaft

Moderne Müllverbrennung
für Gemeinden

Gefahrenschutz

Richtiges Management
der Naturereignisse



Südtiroler Gemeindenverband
Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano

3 Editorial

- 3 Arno Kompatscher: Zeiten des Umbruchs

4 Im Fokus

- 4 Hans Lichtsteiner – Ohne Freiwilligenarbeit funktioniert vieles nicht!
- 6 Christoph Pichler – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und „Volontariat“
- 7 Stichwort: Gesetzgebung bezüglich Freiwilligenarbeit/Ehrenamt
- 8 Stefan Hofer – Soziales Ehrenamt in Südtirol nicht wegzudenken!
- 9 Junges Ehrenamt als Standortfaktor für die Südtiroler Gemeinden
- 9 Stichwort: Professionalisierung von Freiwilligenarbeit/Ehrenamt

10 Thema

- 10 Projekt Kassianeum – Grenzüberschreitend starke Jugendpolitik
- 12 Maßnahmen Spielsucht – Auf die Gefahren aufmerksam machen
- 13 Stichwort: Informationen zum Thema Spielsucht in Südtirol
- 14 Hoffen auf wenig Schnee – Schneeräumung am Beispiel Ulten
- 16 Müllverbrennungsöfen Bozen: Eine sinnvolle Lösung für Südtirol
- 18 Stichwort: Übersicht über die Abfallbewirtschaftung in Südtirol
- 19 Abfallerzeugung und Abfallentsorgung ab dem Jahr 1990

20 Meinungen

- 20 Umfrage: Wo können die Südtiroler Gemeinden noch sparen?
- 21 Pro & Contra: Sollen sich die Gemeinden bei der Aufdeckung der Steuerhinterziehung einbringen?

22 Aus den Gemeinden

- 22 Algund möchte die Kulturachse „Via Claudia Augusta“ nutzen
- 23 Stichwort: Via Claudia Augusta
- 24 Truden feiert 900 Jahre seit erster urkundlicher Erwähnung
- 26 Pfatten hat bald eine Heimstätte für die Freiwillige Feuerwehr

28 Über die Grenze geschaut

- 28 Trentino – Autonomie: Primiero als Neustart

29 Service

- 29 ANCI: 8092 Gemeinden wählen neue Spitze
- 29 Veranstaltungskalender
- 30 Treffen mit Gemeindegemeinschaften in den Bezirken
- 32 Rat der Gemeinden: Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen
- 33 EDV: Freie Software nutzen – Wieso eigentlich nicht?
- 34 Expertenmeinung: Ausarbeitung der Gefahrenzonenpläne
- 35 Stichwort: Gefahrenzonenpläne
- 36 Verwaltungsrat: Wichtige Entscheidungen zusammengefasst
- 37 Verwaltungsschule: Ernährung in Kindergärten und Schulen
- 38 Stiftung Vital: Mitreden in Sachen Lebensqualität



IMPRESSUM

DIE GEMEINDE – IL COMUNE
Eintragung beim Landesgericht Bozen Nr. 1/2008

Herausgeber:



Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10
39100 Bozen, Tel. +39 0471 304655
Fax: +39 0471 304625, info@gvcc.net, www.gvcc.net

Presserechtliche Verantwortung:
Dr. Ulrich Mayer

Koordination:
Dr. Klaus Unterweger

Redaktion: Dr. Ulrich Mayer,
Dr. Klaus Unterweger, Dr. Benedikt Galler,
Dr. Arno Kompatscher, Christa Waldboth,
Dr. Patrik Ausserer, Elisabeth Laimer,
Benedetto Zito

Grafische Ausarbeitung,
Layout & DTP-Satz: Brixmedia GmbH,
Verena Campestrini

Übersetzung: Maria Antonella Telmon

Titelfoto: Caritas

Druck und Gesamtherstellung:



Auflage: 10.000 Stück

DEM PRÄSIDENTEN DAS WORT

Zeiten des Umbruchs

Seit der Wahl des neuen Verwaltungsrates und damit auch meiner Wahl zum Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes im vergangenen Herbst ist mittlerweile ein Jahr vergangen. Ein Jahr, das sehr turbulent und vom Umbruch auf mehreren politischen Ebenen geprägt war: Europa ist immer noch fest im Griff der Finanzkrise und auf staatlicher Ebene folgte in diesem Jahr eine Sparmaßnahme der anderen, was auch für die Gemeinden Südtirols, gerade jetzt in der Zeit der Finanzverhandlungen mit dem Landeshauptmann, spürbar geworden ist. Trotzdem ist es uns aber in diesem arbeitsintensiven Jahr gelungen, gerade in jenen Bereichen, die in unsere Zuständigkeit fallen, einige nennenswerte Erfolge einzufahren.

Im Bereich der öffentlichen Arbeiten zum Beispiel war ein solcher Erfolg sicherlich der Leitfaden zu den Neuerungen der Durchführungsverordnung zum Kodex der Verträge, der in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Land ausgearbeitet wurde. Aber auch die Agentur für öffentliche Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge, derer sich die Gemeinden und Bezirksgemeinschaften in Kürze bedienen können, muss genannt werden.

Weiters konnten im sozialen Bereich Veränderungen durchgesetzt werden. So werden die Gemeinden in Zukunft bei der Kleinkinderbetreuung auch für den Tagesmütter/-väterdienst zuständig sein. Das heißt, das Land und die Gemeinden übernehmen für alle drei Kleinkinderbetreuungsdienste den selben Tarifanteil, der Rest geht zu Lasten der Nutzer. Die Tarifiermäßigung übernimmt im Gegenzug das Land. Der Fonds für die Kleinkinderbetreuung,

welcher sämtliche zwischengemeindliche Vereinbarungen überflüssig macht, wird von den Anteilen des Landes und der Gemeinden gespeist.

Im Bereich der Altenbetreuung mussten wir uns hingegen mit einer heiklen Frage befassen: Dürfen die Gemeinden für die Zahlungsverpflichtung der Angehörigen des Heimgastes einen Vorschuss leisten und diesen bei den Angehörigen eintreiben, auch gerichtlich? Wir haben uns darauf geeinigt, dass die Pflege- und Altersheime sämtliche Maßnahmen ergreifen, bevor die Gemeinden die offenen Beträge abdecken.

Im Bereich der Gefahrenzonenpläne, über die Patrik Ausserer in dieser Ausgabe von „Die Gemeinde“ schreibt, ist es uns endlich gelungen, gemeinsam mit dem Land den genauen Zeitplan für deren Erstellung und die Finanzierung zu genehmigen.

Diese Themen und weitere mehr wurden aber stets von den großen Finanzthemen in diesem Jahr begleitet: dem Wasserzins und dem neuen Aufteilungsmodell der Lokalfinanzgelder.

Der Aufteilungsschlüssel der Wasserzinsgelder wurde jüngst im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden in der Landesregierung genehmigt. Es handelt sich dabei sicherlich um einen historischen Moment, was die Beteiligung der Gemeinden an der Wertschöpfung der Südtiroler Wasserkraft anbelangt.

Prägend für die Zukunft der Südtiroler Gemeinden wird allerdings auch die Anwendung des neuen Aufteilungsmodells der Lokalfinanzgelder sein. Das Modell,

das den Bedarf und die Eigenfinanzkraft aus der Stromproduktion und der Gemeindeimmobiliensteuer einer jeden einzelnen Gemeinde berücksichtigt, wird die Finanzmittel gerechter als die bisherige Pro-Kopfquote den Gemeinden zuweisen.

Wenn aber die Finanzmittel weniger werden, die Dienste aber doch garantiert werden müssen, kommt der Wert der Freiwilligenarbeit, ohne welche die gesellschaftliche Entwicklung auch in den Gemeinden Südtirols nur schwierig möglich wäre, noch mehr zum Vorschein. Aus diesem Grund haben wir diese Ausgabe von „Die Gemeinde“ mit Freude und in großer Dankbarkeit all jenen gegenüber, die sich das ganze Jahr uneigennützig für die Gemeinschaft einsetzen, dem Ehrenamt gewidmet.



Arno Kompatscher

Präsident des
Südtiroler Gemeindenverbandes

ARNO KOMPATSCHER

EU-JAHR DER FREIWILLIGENARBEIT

„Ohne Freiwillige funktioniert vieles nicht“

Lange Zeit war freiwilliges Engagement einfach nur eine funktionierende Selbstverständlichkeit. Neue Entwicklungen „zwingen“ die Organisationen heute aber, sich intensiv und professionell mit den Freiwilligen und ihrer Arbeit zu beschäftigen.

ULRICH MAYER

Was ist eigentlich Freiwilligenarbeit?

Professor Hans Lichtsteiner* erinnert sich an das Jahr 1992, als er an seiner Dissertation über die „Freiwilligenarbeit im Alter“ arbeitete: „Da gab es noch keine brauchbare Definition des Begriffs.“ Eine erste Sensibilisierungswelle habe das Internationale Jahr der Freiwilligenarbeit 2001 gebracht – und eine zweite das entsprechende EU-Jahr 2011. Unter Freiwilligenarbeit versteht man heute:

- unbezahlte Arbeitsleistungen, also nicht jene, mit denen man den Lebensunterhalt bestreitet, die aus freier Überzeugung verrichtet werden;
- würde jemand diese Arbeit nicht leisten, hätte dies keinen weiteren Einfluss auf sein Wohlbefinden;
- der positive externe Nutzen der Arbeit kommt der Allgemeinheit zugute – und nicht Personen, die im gleichen Haushalt leben.

Somit grenzt sich die Freiwilligenarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit, dem Freizeitvergnügen sowie der Haus- und Familienarbeit ab. Laut Lichtsteiner entstehe freiwilliges Engagement dort, wo der Staat („kein politisches Interesse“) oder der Markt („kein Geld zu verdienen“) nicht tätig werden. Teile der Bevölkerung sagen einfach: „Dann machen halt wir’s!“



Foto: Caritas/Georg Hofer

„Freiwilligenarbeit ist im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar“, meint Professor Hans Lichtsteiner (im kleinen Bild).



Wie relevant ist die Freiwilligenarbeit?

In den 37 Ländern Europas engagieren sich rund 140 Millionen Menschen ehrenamtlich: „Sie leisten zusammen

20,8 Millionen Vollzeitäquivalente an Arbeit (= entsprechen also so vielen Vollzeitarbeitskräften)“, erklärt Lichtsteiner. Dies entspreche etwa der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung von Polen, Schweden oder Belgien.

Freiwilligenarbeit sei im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. „68 Prozent an gemeinnützigem Engagement wird in Form von Freiwilligenarbeit erbracht.“ Die Arbeit habe somit eine deutlich höhere Relevanz als die Spende. Und: 44 Prozent der Arbeit von Non-Profit-Organisationen wird durch Freiwillige erbracht.

Wo findet die Freiwilligenarbeit statt?

Laut einer Studie des Verbandsmanagement Instituts finden sich – in absoluten Zahlen gerechnet – die meisten Freiwilligen im Sport- und Freizeitbereich; vier von fünf dort Tätigen arbeiten zudem ohne Bezahlung. Es folgen die sozialen Dienste, bei denen es vergleichsweise viele klassische Erwerbstätige gibt und die Kultur, mit wieder eher wenigen Erwerbstätigen.

Wie steht es um die Freiwilligenarbeit?

Beispiel Südtirol, 4000 Vereine mal fünf Vorstandsmitglieder: Das macht schon einmal 20.000 Ehrenamtliche, die nicht einfach zu finden sind. „Der Wettbewerb um die entsprechende knappe Ressource ist hart – und wird nicht einfacher werden“, meint Lichtsteiner. „Viele beteiligen sich daran: Organisationen, Verbände, Vereine, Parteien usw.“ Das Umfeld mitgliederbasierter Organisationen (und dazu zählt der Professor beispielsweise auch soziale Netzwerke wie Facebook) werde zunehmend anspruchsvoller: „Zum einen werden diese immer mehr. Und zum anderen sind bei den Menschen eine immer größere Mobilität und eine geringere lokale Verwurzelung feststellbar – ebenso eine abnehmende Bereitschaft zu einer fixen Verpflichtung.“ Auch die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund wirke sich aus: „Diese kennen das Übernehmen gesellschaftlicher Verantwortung durch Freiwilligenarbeit oft gar nicht. In

vielen Länder ist für die entsprechenden Bereiche einzig und allein der Staat zuständig.“ Weitere Faktoren: Die Wirtschaft wird immer kostenbewusster, die Einbindung in die Arbeit immer stärker, die Freizeit immer knapper und der Individualismus wächst.

Wer engagiert sich in der Freiwilligenarbeit?

In der Freiwilligenarbeit engagieren sich vor allem Frauen und Männer mit Kindern, Personen mit einer höheren Ausbildung, Berufstätige und gesellschaftlich gut integrierte Menschen. „Nicht die verfügbare Zeit, sondern die soziale Kompetenz ist für die Freiwilligenarbeit entscheidend“, betont Lichtsteiner. Bereits in seiner Dissertation 1992 ist er zum Schluss gekommen, dass die Pensionierung keineswegs eine Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit mit sich bringt: „Deshalb müssen Freiwillige frühzeitig eingebunden werden!“

Was motiviert zur Freiwilligenarbeit?

Die stärksten Motive für ein ehrenamtliches Engagement sind:

- a) Spaß an der Tätigkeit,
- b) mit Anderen etwas bewegen,
- c) anderen Menschen helfen,
- d) mit Anderen zusammen kommen,
- e) Kenntnisse und Erfahrungen erweitern,
- f) Verantwortung übernehmen.

Laut Lichtsteiner seien sich darüber alle internationalen Studien einig. Sozial-emotionale Faktoren sind die Kollegialität, die Freundschaft, die Anerkennung, die Beachtung/Achtung und die Wertschätzung; ideell geht es vor allem um den „Dienst am Dritten“. Freiwilligenarbeit wird dann aufgegeben, wenn Frustrationspotentiale da sind: übermäßiges, zeitliches Engagement; langfristige, verbindliche Bindung; Angst vor fachlicher oder inhaltlicher Überforderung.



Foto: Caritas/Georg Hofer

Freiwilligenarbeit ist ein gesellschaftlicher Beitrag am Mitmenschen und an der Umwelt.

„Wer Freiwillige sucht, muss aktiv sein“, sagt Lichtsteiner, „und darf insbesondere niemals aufgeben!“ Die richtigen Erwartungen seien entscheidend: „Die Freiwilligenarbeit darf nicht zu Enttäuschung oder Überforderung führen. Deshalb muss schon vorab offen und transparent informiert werden: Was bekommt der Freiwillige? Was muss der Freiwillige geben?“ Es sei falsch, Leute erst einmal in die Organisation hineinzuziehen – und dann „weiterzuschauen“...

** Professor Hans Lichtsteiner, Direktor am Verbandsmanagement Institut der Universität Freiburg (Schweiz), referierte jüngst im Rahmen der Tagung „Das Freiwilligenwesen im Jahr 2011“ in der Universität Bozen über Trends und Entwicklungen in der Freiwilligenarbeit; geladen hatte der Landesrettungsverein Weißes Kreuz.*



ZUM AUTOR

ULRICH MAYER

ist Journalist und Politologe; er ist als Kabinettsleiter im Meraner Rathaus tätig.

EU-JAHR DER FREIWILLIGENARBEIT

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und „Volontariat“

Die Zeit ist heute – nach der Gesundheit – wohl eines der wertvollsten Güter in unserer Gesellschaft. In Südtirol stellen viele Ehrenamtliche und Freiwillige gerade diese in ganz verschiedenen Formen unentgeltlich anderen Menschen zur Verfügung.

ULRICH MAYER

Der Begriff Ehrenamt stammt aus der preussischen Städteordnung des 19. Jahrhunderts“, erklärt Christoph Pichler, der im Landesamt für Kabinettsangelegenheiten* für diesen Bereich zuständig ist. „Ehrenamtliche Tätigkeiten wurden Persönlichkeiten sozusagen als Ehrung übertragen; sie waren mit Rechten und Pflichten verbunden.“ Das Ehrenamt ist vor allem im Sozialbereich verbreitet gewesen. Es wurde als Ergänzung oder Gegengewicht zum staatlichen Handeln verstanden. Erst im Laufe der Zeit wurde dieses Konzept erweitert: „Auch im Kultur-, Sport- und Gesundheitsbereich wird heute ehrenamtlich gearbeitet.“

Der Begriff Volontariat steht – anders als in Südtirol umgangssprachlich verwendet – eigentlich für eine nicht genau geregelte Ausbildung, im Gegensatz zur Lehre. Etwa im Journalismus Auszubildende werden als Volontäre bezeichnet. Anders der italienische Begriff „volontariato“, der ebenfalls auf das 19. Jahrhundert zurückgeht. „Auch er wurde ursprünglich für soziale Initiativen verwendet“, weiß Pichler. „Allerdings wurden diese nicht durch Beauftragung gesetzt, sondern aufgrund privaten Engagements – meist vor christlich-sozialem Hintergrund.“ Der Begriff steht für soziale Solidarität; er drückt nicht nur konkrete freiwillige Arbeit aus, sondern auch eine grundsätzliche Lebenshaltung.

Ein neuerer Begriff ist die Freiwilligentätigkeit, die auch dem „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit und des bürgerschaftlichen Engagements 2011“ den Namen gab. Dieser entspricht der Übersetzung des englischen Begriffs „volunteering“, der im offiziellen EU-Sprachgebrauch verwendet wird. „Freiwilligenarbeit oder Freiwilligentätigkeit betonen anders als der Begriff Ehrenamt den Arbeitscharakter des freiwilligen Engagements“, sagt Pichler. Ehrenamtliche haben somit „Ämter“ (z.B. im Pfarrgemeinderat, im Elternbeirat, im Vereinsvorstand usw.) inne; sie werden in der Regel gewählt. Anders die Freiwilligen: Sie bewältigen als Mitglieder die Arbeit an der Basis eines Vereines, Verbandes usw.

Im Jahr 1999 hat das Landesinstitut für Statistik ASTAT eine Studie über

den Non-Profit-Sektor in Südtirol durchgeführt; dieser ist durch private Initiative charakterisiert – und nicht gewinnorientiert und gemeinnützig tätig. Es wurden 3846 Organisationen erfasst, von denen sich 2786 den so genannten ehrenamtlichen Organisationen zuordnen lassen. Pichler erklärt: „Die ehrenamtlich tätigen Organisationen dürfen keinen direkten oder indirekten Eigeninteressen dienen und keine Gewinnabsichten haben. Die Zahl der Ehrenamtlichen muss größer als jene der hauptamtlichen Mitarbeiter sein.“ Sie können um Aufnahme in das vom Landesgesetz Nr. 11/1993 vorgesehene „Verzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen“ ansuchen.

Voraussetzung für die Eintragung ist, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt wird – auch ohne indirekte Gewinnabsicht. Dies muss aus Solidarität und sozialem Bewusstsein geschehen, und zu Gunsten aller potentiell interessierten Bürger erfolgen. Innerhalb der Organisation dürfen die Ehrenamtlichen und Freiwilligen keine Entlohnung erhalten. Sie muss demokratisch aufgebaut sein, die Ämter müssen durch Wahl besetzt werden, und die Satzungen müssen gewissen formellen Anforderungen entsprechen. Eingetragene Organisationen kommen in den Genuss steuerrechtlicher Begünstigungen, haben Zugang zum Sonderfonds für die ehrenamtliche Tätigkeit und haben Vorrang beim Abschluss von Vereinbarungen mit der öffentlichen Verwaltung.



Foto: Caritas/Georg Hofer



„Knapp 2000 ehrenamtlich tätige Organisationen sind derzeit ins Landesverzeichnis eingetragen“, weiß Christoph Pichler vom Landesamt für Kabinettsangelegenheiten (im kleinen Bild).

„Freiwilligenarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, unterstreicht Pichler. Sie biete dem Einzelnen einen Rahmen, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben – weit über den persönlichen Bereich von Familie und Freunden sowie der beruflichen Tätigkeit hinaus. „Ehrenamt und Freiwilligenarbeit tragen somit auch dem Bedürfnis des Menschen nach sozialem Miteinander Rechnung.“ Im Sozial- und Gesundheitsbereich ergänzten und unterstützten Ehrenamt und Freiwilligenarbeit die öffentliche Hand: „Es werden

Versorgungslücken geschlossen, z.B. durch Selbsthilfegruppen.“ Auch der Zivilschutz stütze sich ganz wesentlich auf die Freiwilligen bei Feuerwehr und Rettungsdiensten.

Mitte September 2011 waren 1954 ehrenamtliche Organisationen in das genannte Landesverzeichnis eingetragen. Diese waren tätig: im der Sozial- und Gesundheitsbetreuung (251), in den Bereichen Kultur, Erziehung und Bildung (1098; darunter etwa auch die vielen Musikkapellen und Schützenkompanien), in den Bereichen Sport,

Erholung und Freizeit (408) sowie im Zivil-, Umwelt- und Landschaftsschutz (439). „Gleich im Anschluss an die derzeit laufende Volkszählung soll eine allgemeine Erfassung des Non-Profit-Sektors in Südtirol erfolgen“, sagt Pichler. ●

** Das Landesamt für Kabinettsangelegenheiten (Abteilung 1 – Präsidium) führt das Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen, bietet Informationen und Beratungen zum Vereinswesen und zur Ehrenamtlichkeit, organisiert Beratungen in den Bereichen Steuerrecht, Vereinshaftung und Versicherungsschutz, veröffentlicht Publikationen und organisiert Weiterbildungsveranstaltungen für ehrenamtlich Tätige.*

STICHWORT

Ehrenamt-Gesetzgebung

In Italien gründet die „ehrenamtliche Tätigkeit“ auf dem **Staatsgesetz vom 11. August 1991, Nr. 266**. „Es handelt sich um ein so genanntes Rahmengesetz, das generelle Grundsätze festschreibt“, erklärt Carlo Bruccoleri, ehemals Präsident des Bozner Landesgerichtes und ausgewiesener Fachmann in rechtlichen Fragen um die Freiwilligentätigkeit. „Anderen Rechtsquellen wird die Definition der Inhalte überlassen – und der Art und Weise, wie die Ziele erreicht werden sollen.“ Diese offizielle „Anerkennung des Ehrenamtes“ sei dringend nötig gewesen. Sie sei eine Wertschätzung jener Personen, die sich tatkräftig für das Allgemeinwohl einsetzen. Dem Freiwilligen werde – wenn er eine öffentliche Dienstleistung ausübt – ein rechtlicher Status eingeräumt, der zwischen dem der Amtsperson und jenem der Privatperson liegt. Ehrenamtliche Arbeit müsse laut Gesetz kostenlos verrichtet werden, nur Spesenvergütungen seien möglich. Vorgesehen sind weiters eine gesamtstaatliche Beobachtungsstelle sowie ein Sonderfonds bei den

Regionen und autonomen Provinzen. Ein wichtiger Aspekt sei auch die Versicherung der Mitglieder von ehrenamtlich tätigen Organisationen – sowie deren Recht auf flexible Arbeitszeit oder Turnusdienst (sofern dies mit der Betriebsorganisation vereinbar ist).

Das **Landesgesetz vom 1. Juli 1993, Nr. 11** zur Regelung der ehrenamtlichen Tätigkeit und der Förderung des Gemeinwesens lehnt sich inhaltlich an das Rahmengesetz an und wiederholt die Definition der freiwilligen Tätigkeit einer Organisation: Eine solche muss „in persönlicher Weise, freiwillig und ehrenamtlich ohne – auch nur indirekte Gewinnabsicht und ausschließlich aus Solidarität und sozialem Bewusstsein“ geleistet werden (Art. 2). Das Gesetz sieht das Landesverzeichnis der ehrenamtlichen Organisationen vor (Art. 5), das in vier Abschnitte unterteilt ist:

- gesundheitliche und soziale Betreuung;
- Kultur, Erziehung und Bildung;
- Sport, Erholung und Freizeit;
- Zivilschutz, Umwelt- und Landschaftsschutz.



Foto: Landesrettungsverein Weißes Kreuz

„Durch Gesetze wird der Wert der Ehrenamtes, bei dem es in erster Linie um Solidarität geht, anerkannt“, sagt Carlo Bruccoleri, Experte in rechtlichen Fragen bezüglich der Freiwilligentätigkeit.

Weiters ist eine Landesbeobachtungsstelle für die ehrenamtliche Tätigkeit vorgesehen (Art. 8); erwähnt wird auch der Sonderfonds für die ehrenamtliche Tätigkeit (Art. 10) laut **Staatsgesetz vom 11. August 1991, Nr. 266**: Die enthaltenen Mittel dienen der Förderung der eingetragenen Organisation, wobei die entsprechenden Richtlinien und Kriterien von einem Verwaltungsrat festgelegt werden. Das **Legislativdekret vom 4. Dezember 1997, Nr. 460** enthält im Rahmen der so genannten Onlus-Gesetzgebung weitere wichtige Bestimmungen für Non-Profit-Organisationen. ●

EU-JAHR DER FREIWILLIGENARBEIT

Soziales Ehrenamt – nicht wegzudenken!

„Wir müssen jetzt etwas tun, sonst stehen wir in 15 Jahren ohne Leute da“, sagt Stefan Hofer vom Dachverband für Soziales und Gesundheit*. Gerade für regelmäßige Tätigkeiten im sozialen Ehrenamt sei es eher schwierig, junge Freiwillige zu finden.

ULRICH MAYER

Würden die Freiwilligen im Südtiroler Sozialbereich plötzlich „streiken“, dann würde nicht mehr viel gehen... „Noch stehen wir ganz gut da“, betont Präsident Stefan Hofer vom Dachverband. Doch der Nachwuchs in der sozialen Freiwilligenarbeit bereitet ihm Kopfzerbrechen: „Ich sehe immer wieder bei Feiern und Versammlungen, dass jene, die sich engagieren, immer älter werden. Und dass nur sehr wenige Junge nachkommen.“ Eine Ursache

hat Hofer ausgemacht: „Der Einsatz im Sozialbereich hat sicher eine ganz andere Attraktivität als im Sport oder in der Kultur. Man bekommt dabei Dinge zu sehen, mit denen man sich gerade als Jugendlicher nicht unbedingt auseinandersetzen will.“ Und auf die Anerkennung, die jeder in der Gesellschaft gerne erfährt, müsse gerade in diesem Bereich sehr lange gewartet werden. Ein Schlag ins Gesicht war selbstverständlich der Wegfall des Zivildienstes: „Viele Dienste konnten dadurch abgedeckt werden – aber auch viele Jugendliche kamen dadurch auf den Geschmack und blieben dem Sozialbereich in irgendeiner Form erhalten“, weiß Hofer. Immer wieder unterstreiche die öffentliche Hand heute, dass gekürzt und gespart werden müsse. Und da heiße es dann, die Ehrenamtlichen bzw. Freiwilligen müssten helfen. „Dies wird so aber nicht möglich sein: Die professionellen Dienste dürfen nicht abgeschoben werden. Und vor allem nicht an Vereine und Organisationen, die sich eh schon schwer tun.“ Es sei vielmehr wichtig, diese aus ihrer Krise zu führen – ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit einem neuen Schwung weiterzuentwickeln. „Hierzu müssen sie sich aber auch öffnen.“

In diesem Sinne möchte der Dachverband beispielsweise den Ehrenamtscoach ins Leben rufen, der etwa bei der Suche nach neuen Freiwilligen behilflich sein soll. „Das soziale Ehrenamt muss sichtbarer werden“, meint Hofer. „Damit neue Leute gefunden werden, aber

auch damit mehr Geld bereitgestellt wird.“ Für Professor Theo Wehner von der ETH Zürich, bei dem auch Hofer einige Vorlesungen zur Arbeits- und Organisationspsychologie besucht hat, führt ehrenamtliche Tätigkeit zu hoher Lebensqualität – und zu einem hohen Lebensalter. „Das müssen wir den Leuten sagen!“ Es reiche nicht aus, den Freiwilligen eine Anerkennungsnael anzustecken – die Wertschätzung ihnen gegenüber drücke sich aus, indem sie mitreden und mitgestalten können. Sie müssen in alle Prozesse einbezogen werden. „Darauf müssen wir setzen.“

Hofer appelliert auch an die Arbeitgeberverbände: „Man darf nicht immer davon reden, wie wichtig Sozialkompetenz sei. Es muss honoriert werden, wenn jemand zehn Jahre im sozialen Ehrenamt tätig gewesen ist: So jemand ist eine Bereicherung an jedem Arbeitsplatz.“ Aus diesem Grund hat der Dachverband den so genannten Ehrenamtpass eingeführt, von dem aber sicher noch mehr Gebrauch gemacht werden könnte. Dem Inhaber werden darin Fähigkeiten und Schulungen bezüglich Führung, Sprachen, Teamfähigkeit usw. bestätigt, die er im Rahmen seiner Freiwilligenarbeit erworben hat. Gerade dies könne das Ehrenamt neben dem Erleben von Gemeinschaft mit auf den Weg geben: Ausbildung und Erfahrung! ●

* Der Dachverband der 46 gemeinnützigen Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens organisiert Dienste, verfolgt gemeinsame Interessen und bildet eine starke Lobby für soziale Anliegen. Nähere Informationen finden sich unter www.fss.bz.it im Internet.

Foto: Shutterstock / Dachverband für Soziales und Gesundheit



„Es reicht nicht aus, den Freiwilligen eine Anerkennungsnael anzustecken“, meint Stefan Hofer (im kleinen Bild). „Sie müssen mitreden und mitgestalten können.“



„Ein wichtiger Standortfaktor für Gemeinden“

Der Südtiroler Jugendring und seine Mitgliedsorganisationen untermauern im Rahmen einer Kampagne, dass der Beitrag des jungen Ehrenamts und der Kinder- und Jugendorganisationen für Südtirols Gemeinden sehr wichtig sei.

IGOR GUIZZARDI

Im Rahmen der Kampagne wurden Daten zum jungen Ehrenamts in den einzelnen Südtiroler Gemeinden erhoben (vgl. ehrenamt.jugendring.it im Internet): 4804 Ehrenamtliche engagieren sich in den Kinder- und Jugendverbänden des Südtiroler Jugendrings, die insgesamt 41.578 Mitglieder haben. Es gab aber noch weitere Bausteine: Weiterbildungsangebote, Kooperationen mit Wirtschaft und Schule, Sensibilisierung der Öffentlichkeit (insbesondere auch der Gemeinden) usw. Unter dem Slogan „Come together – 's junge Ehrenamt“ werden verschiedene

Ziele verfolgt: Der Beitrag, den junge Ehrenamtliche für die Gesellschaft leisten, soll bekannt gemacht und mehr junge Menschen fürs Ehrenamt begeistert werden. Die Öffentlichkeit soll diesen gesellschaftlichen Beitrag würdigen – und jene Fähigkeiten anerkennen, die junge Menschen im Ehrenamt erwerben.

Für Gemeinden ist es wichtig, Kinder- und Jugendorganisationen vor Ort zu haben. Schließlich sind es gerade diese gesellschaftlichen Strukturen, die junge Menschen verstärkt an die Gemeinde binden. Eine Vielzahl solcher Organisationen bedeutet sehr oft auch eine hohe

Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Gemeinde, ein langfristig durchaus wichtiger Standortfaktor, speziell was das Risiko der Abwanderung betrifft. ●

Weitere Informationen zum Thema gibt der Südtiroler Jugendring (Tel. 0471 060 430; E-Mail: info@jugendring.it).



ZUM AUTOR

IGOR GUIZZARDI

ist Vorsitzender des Südtiroler Jugendrings (SJR).

STICHWORT

Professionalisierung

„Unsere rund 2500 Freiwilligen – darunter fast 1000 Jugendliche – verrichten 58 Prozent der insgesamt 1,6 Millionen Arbeitsstunden“, informiert Präsident Georg Rammlmair über den Landesrettungsverein Weißes Kreuz. Damit dies auch künftig noch so ist, geht man professionelle Wege: So etwa mit dem ESF-Projekt „Hand in Hand“, das jüngst – nach zwei Jahren Arbeit – mit der Verleihung des Qualitätszertifikats ISO 9001:2008 einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat. „Ziel war es unter anderem, die Qualität der Arbeit der Landesverwaltung des Weißen Kreuzes zu verbessern und sichtbarer zu machen. Denn diese unterstützt die Freiwilligen in ihrer Tätigkeit.“ Qualität entstehe nicht über Nacht, sie sei Folge eines Prozesses, der mit der Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems aber erst begonnen habe.

Spricht man von Qualitätsmanagement, dann fällt unweigerlich auch der Begriff Kunde. Ein solcher ist für das Weiße Kreuz auch jeder einzelne Mitarbeiter. Bei „Hand in Hand“ sei es vor allem auch um die optimale Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen bzw. Freiwilligen innerhalb des Weißen Kreuzes gegangen, unterstreicht Projektverantwortlicher Reinhard Mahlke. So habe man sich mit einer Reihe von Fragen beschäftigt: Welche Dienstleistungen sollen durch welche Freiwilligen mit welchen Interessen angeboten werden? Wie viele Freiwillige braucht es für welche Dienstleistungen? Was kann Freiwilligen geboten werden, wie können neue Freiwillige gewonnen werden, wie können bisherige Freiwillige unterstützt werden?



Foto: Landesrettungsverein Weißes Kreuz

Freude über das ISO-Zertifikat (von links): Direktor Ivo Bonamico, Projektleiterin Angelika Ladurner, Amtsdirektor Ulrich Seitz, Georg Rammlmair und Friedrich Khuen vom Zertifizierungsunternehmen „Quality Austria“.

Projektkoordinator André Bürki nannte als Aufgaben der Zukunft u.a. die laufende Professionalisierung im Ehren- und Hauptamt sicherzustellen: „Nur so können die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden.“ Ehrenamtliche, Freiwillige und Hauptamtliche müssten über die Metapher hinaus „Hand in Hand“ arbeiten. ●

GEMEINSCHAFTSPROJEKT

Grenzüberschreitend starke Jugendpolitik

Im Rahmen des Interreg IV-Projektes „Jugendkompetenz in der Gemeindepolitik“ treffen sich seit über einem Jahr Gemeindepolitiker aus Tirol und Südtirol, denen die jungen Menschen in der Gemeinde ein Anliegen sind.

DAGMAR TRAFIOER

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf: Ganz im Sinne dieses afrikanischen Sprichwortes erkennen immer mehr Gemeindepolitiker den Wert der Gemeinde als wichtigstes Lebens- und Lernumfeld junger Menschen. Auch Jugendstadträtin Magdalena Amhof aus Brixen betont, wie wichtig es sei, „sich für die Jugend stark zu machen und gemeinsam mit den Jugendlichen in der Gemeinde Schritte zu setzen“. Bildungs- und Kulturlandesrätin Sabina Kasslatte Mur erklärt, dass Kinder und Jugendliche nicht nur Teil einer Gemeinde seien, sondern dessen künftiges Fundament bildeten: „Deshalb brauchen sie bereits heute unsere Aufmerksamkeit und Wertschätzung.“

Je umfassender sich Gemeinden um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen kümmern und je früher diese in die Gestaltung ihrer Lebenswelt aktiv eingebunden werden, umso mehr erhöhe sich ihre Lebensqualität – und umso stärker fühlen sie sich ihrer Gemeinde verbunden und verpflichtet. „Die Erfahrung zeigt uns, dass Personen, die sich bereits in ihrer Kindheit und Jugendzeit für das Gemeinwohl engagieren, später auch als Erwachsene ein Interesse daran haben“, bestätigt auch Erwin Fassnauer, Jugendarbeiter und Ansprechpartner des Jugendprojektes JAWA im Wipptal.

Die Gemeindepolitiker haben dabei eine wichtige Aufgabe im Unterstützen und Begleiten von Kindern, Jugendlichen



Foto: Jugendhaus Kassianeum Brixen

Das Jugendreferat des Landes Tirol und das Jugendhaus Kassianeum stehen gemeinsam hinter dem 2010 begonnenen Interreg IV-Projekt „Jugendkompetenz in der Gemeindepolitik“.

und jungen Erwachsenen. Vielfältige Fragestellungen und Anforderungen erwarten jene, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, sich für Jugendliche einzusetzen. Das waren die Beweggründe für das Jugendreferat des Landes Tirol und das Jugendhaus Kassianeum in Brixen, im Juni 2010 gemeinsam das Interreg-Projekt „Jugendkompetenz in der Gemeindepolitik“ zu initiieren.

Das Projekt sieht sich als Angebot an alle Gemeindepolitiker, die in ihrem Ort für Jugendfragen zuständig sind bzw. daran interessiert sind. Die Initiative möchte die Politiker bei ihrer Aufgabe tatkräftig unterstützen. Die jugendlichen Lebenswelten, die Anliegen und die Probleme sollen noch besser wahrgenommen werden, die jungen Menschen

sollen gefördert werden, sie sollen am Gemeinwesen teilnehmen können und in Entscheidungen eingebunden werden. Gemeinsam sind wir stark: Nach diesem Motto möchte das Interreg IV-Projekt den übergemeindlichen und überregionalen Austausch in der Gemeindejugendpolitik fördern.

Im Rahmen des Projektes werden „Räume“ geschaffen, in denen die Politiker bezüglich Jugend ihre Erfahrungen austauschen und auf diesem Weg vielleicht auch gemeinsame Projekte planen können.

Bisher haben verschiedene Veranstaltungen stattgefunden, die sich mit aktuellen und praktischen Themen rund um die Jugend auseinandersetzen. Zum



Im Rahmen des Projektes „Jugendkompetenz in der Gemeindepolitik“ wurde eine Arbeitsmappe (im Bild die Titelseite) entwickelt, die in jeder Gemeinde in Südtirol und in Tirol aufliegt.

Auftakt im Herbst 2010 fanden sich über 150 Gemeindepolitiker aus Tirol und Südtirol ein, um ihre Fähigkeiten bezüglich Jugendfragen auszubauen. Die Teilnehmer wurden in die Lebenswelt der Jugendlichen und die Jugendarbeit eingeführt und erhielten Einblicke über die rechtlichen und budgetären Grundlagen ihrer Arbeit in ihren Ländern.

Bei verschiedenen Tagesseminaren in Brixen, Igls und Hall schlüpfen die Teilnehmer dann in die Rolle von Jugendlichen, lernten die Bedeutung und die Prinzipien der Beteiligung in der Gemeinde sowie die Methoden der Führung von Ehrenamtlichen kennen. Sie erfuhren wie man mit Jugendlichen Projekte durchführt, und welche Bedeutung Orte für Jugendliche haben. Die Teilnehmer erhielten Einblick in die jeweiligen Themen, konnten Anregungen und Umsetzungsideen für ihre Gemeinde mit nach Hause nehmen und praktisch an ihren Anliegen arbeiten.

Bei Stammtischen in Sterzing, Toblach, Lienz und Matriei wurde heiß diskutiert, gefragt und sich ausgetauscht – zu praktischen Fragen, wie beispielsweise: Was muss bei der Konzeption und Umsetzung eines Jugendbeirates beachtet werden? Wie kann ein Jugendzentrum gebaut und geführt werden? Wie kann Integration ausländischer Jugendlicher

in der Gemeinde funktionieren? Wie können Jugendliche arbeitswirksame Erfahrungen in der Gemeinde machen?

Die teilnehmenden Gemeindepolitiker waren allesamt sehr erfreut über die Erfahrungen, die sie sammeln konnten. In einem Punkt waren sich alle einig: „Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist auf jeden Fall eine Bereicherung!“ Im nächsten Jahr geht das Projekt weiter: Es wird weitere spannende Tagesseminare und Stammtische geben. Am 27. April findet eine Fachtagung im neuen Landhaus in Innsbruck statt, wo noch einmal das Thema Jugend und ihr Verständnis vertieft wird. Zum Abschluss gibt es im Herbst 2012 eine Exkursion an den Bodensee, bei der innovative Gemeindejugendprojekte im Mittelpunkt stehen. Alle Informationen zum Projekt finden sich unter interregiv.jukas.net im Internet. ●



ZUR AUTORIN

DAGMAR TRAFIOIER

ist Soziologin und Verantwortliche für das Interreg IV-Projekt im Jugendhaus Kassianeum.

Falsche Adresse?

Wir haben uns sehr bemüht, die richtigen Adressen für die Empfänger unserer Zeitschrift zu erfassen und in unsere Datenbank zu übertragen. Trotzdem können immer wieder Fehler passieren. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Adresse auf dem Titelblatt kontrollieren und uns Fehler sofort mitteilen würden. Ein Telefonanruf genügt: 0471 304655.

Lingua sbagliata?

Il periodico „Die Gemeinde - Il Comune“ viene stampato in lingua italiana e tedesca. Le abbiamo inviato l'edizione tedesca, ma forse desidera ricevere (anche) quella italiana. Se così fosse, La preghiamo di contattarci telefonicamente al numero 0471 304655.

Neuer Abonnent?

Sie sind interessiert an einer Zusendung unserer Zeitschrift? Kein Problem! Teilen Sie uns bitte Ihren Namen und Ihre Adresse mit – wir senden Ihnen gern ab der nächsten Ausgabe ein Exemplar. Besuchen Sie dafür unsere Homepage www.gvcc.net oder rufen Sie uns einfach an: Tel. 0471 304655.

„Die Gemeinde - Il Comune“ erscheint zweimal im Jahr und ist kostenlos.

Kein Interesse?

Sie erhalten unsere Zeitschrift, möchten sie aber in Zukunft nicht mehr erhalten? Besuchen Sie dafür bitte unsere Homepage www.gvcc.net; hier können Sie mit Hilfe Ihrer Abo-Nummer, die Sie auf der Titelseite finden, die Zeitschrift abbestellen.

Ihr Südtiroler Gemeindenverband

SPIELSUCHT

Auf die Gefahren aufmerksam machen

Glücksspiele bergen ein hohes Suchtrisiko. Einige Einschränkungen finden sich in einem Landesgesetz, das jüngst vom Verfassungsgericht bestätigt worden ist. In Meran wird zudem auf vorbeugende Aufklärung gesetzt – auch einige Spielsaalbetreiber konnten dafür gewonnen werden.

ULRICH MAYER

61 Milliarden Euro waren es im vergangenen Jahr, 72 Milliarden Euro sollen es heuer bis Jahresende sein – und im nächsten Jahr wird mit 80 Milliarden Euro gerechnet. Soviel Geld geben die Italiener für das Glücksspiel aus. Viel mehr als in allen anderen Län-

dern der Welt. Unterdessen steigen die Umsätze, und das Angebot wird immer vielfältiger. Vernachlässigt wurden bisher weitgehend die Schutzmaßnahmen. Immerhin sieht ein Landesgesetz vor, dass im Abstand von 300 Metern zu Schulen und Einrichtungen im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich keine Spielhallen errichtet werden dürfen. Im Meraner Gemeinderat ist man noch einen Schritt weiter gegangen: Ein Einvernehmenspapier definiert verschiedene vorbeugende Maßnahmen gegen die Spielsucht, die es nun umzusetzen gilt.

„Wir sind uns der Risiken bewusst, die das Glücksspiel vor allem für die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten haben kann“, betonen Bürgermeister Günther Januth und sein Stellvertreter Giorgio Balzarini. Auch im Meraner Raum laden über 400 Automaten zum Spiel ein – und es werden immer mehr. An 20 Stellen werden die klassischen Glücksspiele (Lotto, Superenalotto usw.) angeboten; es gibt sieben Spielhallen und sechs Orte, wo auf Sportergebnisse gewettet werden kann. Hinzu kommen selbstverständlich die immer beliebter werdenden Online-Glücksspiele, die besonders schwierig zu kontrollieren sind (da zuhause gespielt und mit Kreditkarte bezahlt wird). „Leider erschöpft sich unsere Zuständigkeit darin, auf Ersuchen der zuständigen Landesverwaltung ein nicht bindendes Gutachten zur Ausstellung der Betriebslizenz abzugeben.“

Auf Grundlage des Meraner Sozialplanes hat Amtsdirektorin Sabine Raffener gemeinsam mit Abteilungsleiterin Barbara Nesticò und Gabriele Ghirardello vom Dienst für Abhängigkeitserkrankungen sowie einer eigens eingesetzten Arbeitsgruppe ein Strategiepapier zum Glücksspiel erarbeitet. Die Maßnahmen betreffen vier Teilbereiche (nachstehend einige Auszüge):

- 1. Prävention:** Informationstreffen in den Schulen, Erhebungen zu den Gefahren, Veranstaltungen für die Bevölkerung, Fachtagungen zum Informationsaustausch usw.
- 2. Sensibilisierung:** Verteilung von Informationsmaterial, Organisation von Informationskampagnen, Weitergeben von Erfahrungen usw.
- 3. Kommunikation:** Kontaktaufnahme zu den Spielhallenbetreibern (um diese zum Mitwirken bei der Prävention zu bewegen), Treffen zum Informationsaustausch usw.
- 4. Ausbildung:** Kurse (Prävention, Behandlung, Rehabilitation) für das Personal der Spielhallen, Zusammenarbeit bezüglich Weitergabe von Informationsmaterialien, Beobachten von Anzeichen eines Spielzwanges und Weiterleiten an den Dienst für Abhängigkeitserkrankungen usw.

Verschiedene Partner konnten bereits gewonnen werden, um die einzelnen Punkte umzusetzen, so etwa das Forum Prävention. „Nicht zuletzt haben aber die drei großen Spielhallenbetreiber in



Foto: Shutterstock

Oft führt Glücksspielsucht zur Trennung vom Partner, zum Verlust des Arbeitsplatzes und der Wohnung, zu Verschuldung und Verarmung sowie zu sozialer Ausgrenzung. Das muss aber nicht sein, da sie frühzeitig erkennbar ist!



Vizebürgermeister Giorgio Balzarini, Bürgermeister Günther Januth, Abteilungsdirektorin Barbara Nesticò, Amtsdirektorin Sabine Raffener und Sozialstadtrat Luis Gurschler (von links): „Angehörige können erkennen, wenn ein Familienmitglied spielsüchtig ist.“

Meran ihre Mitarbeit zugesichert“, sagt Raffener. Eine der ersten konkreten Maßnahmen ist ein Schreiben an alle Haushalte in der Stadt: In diesem wird

erklärt, wie man Spielsucht erkennt – und an wen sich Spielsüchtige wenden können. Auch ein Theaterprojekt mit Schülern wird bereits vorbereitet.

Besonderes Augenmerk wird auf die Thematisierung bei Jugendlichen gelegt – und auf das Beobachten der neuen Entwicklungen, so etwa das immer bedeutender werdende Glücksspiel im Internet, und jenes, das bald auch in allen Lebensmittelmärkten möglich sein soll.

„Auch wir werden bei der Landesverwaltung intervenieren“, erklären Januth und Balzarini, „dass mindestens 1 Prozent der Mitbeteiligungen an den Spielgebühren zur Finanzierung eines eigenen Fonds bereitgestellt wird.“ Dieser solle der Prävention der Spielsucht und der Wiedereingliederung spielsüchtiger Personen dienen. Weiters müsse hinsichtlich der Altersgrenze der Spieler die staatliche Gesetzgebung ergänzt werden: „Die Spielautomaten müssen von anderen Unterhaltungsmöglichkeiten in Gaststätten und Spielhallen abgekoppelt werden. Und den Betreibern muss eine Kontrollpflicht auferlegt werden.“ ●

STICHWORT

Spielsucht

Nur der Energiekonzern ENI und der Automobilhersteller FIAT schreiben derzeit größere Umsätze als das staatlich kontrollierte Glücksspiel. Laut einer Eurispes-Studie sind in Italien rund 700.000 Menschen spielsüchtig, 85 Prozent davon sind Männer (von diesen sind wiederum 51 Prozent im Alter zwischen 40 und 50 Jahren, 22 Prozent zwischen 50 und 60 Jahren sowie 6 Prozent über 60 Jahren). 38,4 Prozent begegnen dem Glücksspiel erstmals zwischen 13 und 17 Jahren, 39 Prozent „investieren“ zwischen 18 und 25 Jahren zum ersten Mal Geld in Automaten Spiele, Rubbellose, Sportwetten usw. Einmal ausprobiert, kommen viele nicht mehr davon weg – immer das „große Glück“ vor Augen. Gespielt

wird, um sich zu unterhalten... aber eben auch, um sich Wünsche und Träume erfüllen zu können, welche mit dem bestehenden Einkommen nicht zu verwirklichen sind.

Meist wird mit dem Glücksspiel verantwortungsvoll umgegangen. So mancher kann aber nicht mehr aufhören: Das Spiel wird zum Drang; man spielt in der Hoffnung, verlorenes Geld wieder zurück zu bekommen. Wird Glücksspiel zur Sucht, dann wirkt sich dies nicht nur auf den Betroffenen aus, sondern auf dessen gesamtes Umfeld: Geldmangel bestimmt dann den Alltag, Freunde und Familie werden belogen... Ein hohes Suchtpotential herrscht,

a) wenn Glücksspiele eine schnelle Spielabfolge haben,

- b) wenn das Gefühl entsteht, den Spielverlauf steuern zu können,
- c) wenn Spieler den Eindruck haben, der große Gewinn steht unmittelbar bevor,
- d) wenn mit „versteckten“ Geldeinsätzen (Jetons, Punkte usw.) gespielt wird. Süchtige meinen oft, den Spielausgang kontrollieren, beeinflussen oder vorhersagen zu können – was jedoch nicht möglich ist: Glücksspiele sind immer vom Zufall abhängig! ●

Informationen zum Thema Glücksspielsucht erteilen das Forum Prävention in Bozen (Tel. 0471 324 801) oder die Dienste für Abhängigkeitserkrankungen in Bozen (Tel. 0471 907 077), in Meran (Tel. 0473 443 299), in Brixen (Tel. 0472 835 695) und in Bruneck (Tel. 0474 586 200).

SCHNEERÄUMUNG

Des einen Freud, des anderen Leid

Der Gedanke an Winter wie jener vor drei Jahren, führt in der Ultner Gemeindestube zu besorgten Gesichtern. Über 377.000 Euro mussten damals für die Schneeräumung und die Sandstreuung in den drei Fraktionen locker gemacht werden. So hofft man regelmäßig auf „milde Winter“.

ULRICH MAYER

Der Schnee wird für uns zunehmend zu einem Problem“ sagt Bürgermeisterin Beatrix Mairhofer, deren Gemeinde mit der „Schwemmalm“ auch ein ansprechendes Skigebiet beherbergt. Sie meint damit aber selbstverständlich nicht jenen auf den Pisten, sondern die zugeschnittenen Straßen und Wege. Im vergangenen Winter kostete den Ultnern die Räumung 148.000 Euro, im Jahr zuvor 183.000 Euro und vor drei Jahren schlug der außergewöhnliche Schneereichtum mit über 377.000 Euro auf der Ausgabenseite zu Buche (damals unterstützten immerhin Land und Staat mit einer einmaligen Zuwendung von 110.000 Euro). „Es ist nicht einmal so sehr die Menge, sondern die Häufigkeit des Schneefalls, die uns Sorgen macht.“

Die Schneeräumung und die Sandstreuung fallen unter die laufenden Kosten. „Wir sind nicht imstande, diese mit den entsprechenden Mitteln zu bezahlen“, erklärt Mairhofer. In den vergangenen Jahren habe man stets Pauschalbeträge („una tantum“) im Haushaltsvoranschlag verpflichtet. Die Ausgaben betreffen nicht nur die Räumung und die Streuung, die Gemeinde Ulten muss auch Streukies und Streusalz ankaufen sowie ihr Räum- und Streufahrzeug warten. Die Gemeinde verfügt mittlerweile über ein eigenes Fahrzeug, das in St. Gertraud seine Arbeit verrichtet – aber auch der

Foto: Suedtirolfoto.com/Helmuth Rier



„In Ulten gibt es rund 600 Pendler, die auch bei Schneefall frühmorgens talauswärts zur Arbeit fahren möchten“, weiß Bürgermeisterin Beatrix Mairhofer (im kleinen Bild).



hierfür abgestellte Gemeindearbeiter kann selbstverständlich nicht Tag und Nacht im Einsatz stehen.

Die Gemeinde Ulten liegt im gleichnamigen Seitental des Burggrafenamtes, sie zählt derzeit an die 3000 Einwohner und erstreckt sich über eine Fläche von knapp 210 Quadratkilometern; die vier Ortsteile (St. Walburg, Kuppelwies, St. Nikolaus und St. Gertraud) liegen zwischen 940 und 1800 Metern über dem Meeresspiegel, der höchste Punkt ist die Hintere Eggen Spitze (3442 Meter). Neben den Landesstraßen, die nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen, gilt es, ein ca. 75 Kilometer langes Straßen- und Wegenetz instand zu

halten – teilweise führen diese zu hoch gelegenen Höfen und Siedlungen. Allein das ländliche Wegenetz ist 67 Kilometer lang, für dessen Instandhaltung bzw. Schneeräumung leistet das Land einen kleinen Beitrag.

Der Winterdienst wird in Ulten für drei Jahre ausgeschrieben, das letzte Mal im vergangenen Jahr: „Es ist nicht ganz einfach, interessierte Leute zu finden“, klagt Mairhofer. Grundsätzlich sei die Schneeräumung bzw. die Sand- und Kiesstreuung kein schlechter Nebenerwerb für die Bauern. Aber sie müssten erst einmal in einen entsprechend großen eigenen Traktor investieren, mit dem sich die Arbeiten verrichten lassen – und

Foto: Suedtirofoto/Othmar Seehauser



Rund 67 Kilometer so genannte ländliche Wege gibt es in der rund 3000 Einwohner zählenden Gemeinde Ulten; sie führen teilweise zu kleinen Siedlungen fernab der eigentlichen Ortskerne.

dieser werde dann auch noch sehr in Mitleidenschaft gezogen. „Außerdem kann nicht garantiert werden, wie viel Schnee fällt. Und abgerechnet wird stundenweise.“ Räumung bedeutet in Ulten nicht nur, den Schnee an den Straßenrand zu schieben – teilweise muss er auch kilometerweit mit Lastwagen abtransportiert werden.

„Die Ansprüche und Erwartungen der Leute werden immer höher“, meint Mairhofer. In Ulten gibt es rund 600 Pendler, die frühmorgens talauswärts fahren wollen – auch wenn es in der Nacht geschneit hat. Und auch für den Milchabtransport von den Höfen sind in

der Früh freie Straßen nötig. „Es kann aber einfach nicht überall gleichzeitig gearbeitet werden.“ Es gehe gar nicht darum, dass die Bürger selbst Hand anlegen – aber etwas Verständnis fordert die Bürgermeisterin doch ein. Die Gemeinde ist für die Befahrbarkeit der Straßen und Wege verantwortlich, um die Winterausrüstung ihrer Fahrzeuge müssen sich die Bürger aber selbst kümmern – und zwar rechtzeitig. Zwischen-

Mairhofer betont: „Irgendwie werden wir aber in den nächsten Jahren versuchen müssen, die Kosten in diesem Bereich zu senken, was aber nicht ganz

einfach sein wird.“ Schon jetzt werden einige wenige Straßen vom Landesstraßendienst geräumt. Mehr werden es wohl nicht werden. „Wir benötigen unbedingt mehr finanzielle Mittel. Das ist sicher ein wichtiger Punkt, der in der künftigen Gemeindefinanzierung nicht vergessen werden darf.“ In anderen Gemeinden fielen diese hohen, nicht selbst verursachten Kosten nicht an – aber in Ulten mit seinem großen Gebiet auf einer gewissen Meereshöhe schon. Durchschnittliche Kosten von knapp 145.000 Euro nur für die Schneeräumung seien für eine Gemeinde in der Größenordnung von Ulten einfach immens viel!

Ausgaben für den Schneedienst in der Gemeinde Ulten:

| | Schneeräumung | Sand-/Kiesstreuung | Ankauf Kies und Salz | Instandhaltung | Gesamtbetrag |
|---------------------|---------------|--------------------|----------------------|----------------|---------------------|
| 2010/2011 | 108.096,52 € | 19.670,40 € | 12.201,10 € | 8.138,81 € | 148.106,83 € |
| 2009/2010 | 127.688,73 € | 33.518,02 € | 19.729,58 € | 2.660,17 € | 183.596,50 € |
| 2008/2009 | 307.203,34 € | 29.049,56 € | 17.764,17 € | 23.643,33 € | 377.660,40 € |
| 2007/2008 | 68.969,88 € | 20.608,80 € | 12.253,86 € | - | 101.832,54 € |
| 2006/2007 | 30.548,66 € | 10.467,84 € | 6.357,59 € | - | 47.374,09 € |
| 2005/2006 | 74.077,74 € | 18.829,86 € | 9.556,24 € | - | 102.463,84 € |
| 2004/2005 | 29.407,72 € | 11.915,40 € | 9.559,94 € | - | 50.883,06 € |
| DURCHSCHNITT | | | | | 144.559,61 € |

Quelle: Gemeinde Ulten, 2011

Eine sinnvolle Lösung für alle Südtiroler Gemeinden

Seit 20 Jahren werden in Bozen Süd rund 70.000 Tonnen Müll pro Jahr verbrannt. Die neue Verbrennungsanlage soll den Restmüll von ganz Südtirol aufnehmen, also um die 130.000 Tonnen – und auch Wärme für die Fernheizung in der Landeshauptstadt bereitstellen.



Fotos: Land Südtirol, Abt. Tiefbau / EcoCenter AG

In der neuen Verbrennungsanlage Bozen Süd (im Bild eine Ostansicht) sollen pro Stunde rund 16,3 Tonnen Müll verarbeitet werden können. Im kleinen Bild: Marco Palmitano von der EcoCenter AG.



ULRICH MAYER

Südtirol hat sich in den vergangenen Jahrzehnten vorbildlich darum bemüht, um mit der immer größer werdenden Müllmenge verantwortungsbewusst umzugehen. Im Vordergrund stehen dabei selbstverständlich die Abfallvermeidung und die Wieder-

verwertung der Abfallprodukte, also deren Rückführung in den Wirtschaftskreislauf. Ein wichtiger Schritt war auch der Baubeginn der neuen thermischen Restmüllverwertungsanlage vor etwa anderthalb Jahren.

„Derzeit wird der Hausmüll von nur 77 Südtiroler Gemeinden verbrannt“, erklärt

Direktor Marco Palmitano der EcoCenter AG*, die sich neben der Abfallentsorgung in 55 Gemeinden auch um die Abwasserreinigung kümmert. Das Pustertal und der Vinschgau entsorgen nach wie vor in Deponien. „Künftig werden wir um die 130.000 Tonnen Restmüll pro Jahr verarbeiten können, also die gesamte im Land anfallende Menge.“

„Unsere jetzigen Verbrennungsöfen sind bereits seit 1988 bzw. 1994 in Betrieb“, meint Palmitano. „Vom finanziellen Standpunkt her rechnet sich eine Sanierung nicht mehr.“ Im Normalfall seien Anlagen dieser Art nach 20 bis 25 Jahren zu ersetzen. Zu diesem Schluss ist auch eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie im Jahr 2003 gekommen: Es sei eindeutig ein Neubau erforderlich. 2004 wurde mit der Planung begonnen.

Zwei Jahre später waren alle Genehmigungsverfahren abgeschlossen – und es konnte somit die europaweite Ausschreibung folgen. Der Zuschlag ging an eine Südtiroler Firmengruppe. Neben der Technik wurde besonders Augenmerk auf den architektonischen Aspekt gelegt: Der Eindruck eines Industriebaus mit hohem Kamin sollte vermieden werden; es galt, eine ansprechende Visitenkarte für die Stadt Bozen zu schaffen, da die Anlage bereits von der Autobahn sichtbar ist.

Der Neubau wurde direkt neben der bestehenden Anlage in Bozen Süd verwirklicht; bei Inbetriebnahme wird der alte Bau niedergerissen. „In 20 Jahren wird dort dann wahrscheinlich ein Müllverbrennungsöfen mit neuen Technologien errichtet, der den jetzigen ersetzt.“ Am Standort lässt Palmitano keinen Zweifel: „Die Stadt Bozen ist der größte Müllproduzent in Südtirol. Sie liegt genau in der Mitte des Landes, ist vom Osten und vom Westen gleichermaßen leicht zu erreichen.“

Der Bau von zwei Anlagen, etwa eine in Burggrafenamt und eine im Eisacktal, mache technisch gesehen keinen Sinn. „In Bozen müsste die Müllsammlung komplett umgestellt werden, es müssten Umladestationen gebaut werden und zwischen 35.000 und 40.000 Tonnen Müll pro Jahr aus der Stadt transportiert werden“, erklärt der Ingenieur. Er

Foto: Land Südtirol, Abt. Tiefbau



Knapp 48 Meter wird die Müllverbrennungsanlage hoch sein; der Kamin ragt bis in eine Höhe von 60 Metern. Im Bild: eine Computervisualisierung, die zeigt, wie die fertige Anlage ausschauen wird.

erwähnt auch einen Umweltaspekt vor Ort: „Vor Baubeginn wurde die gesamte belastete Bodenfläche saniert, auf der die neue Anlage entsteht.“

Die Vorteile der neuen Verbrennungsanlage fasst Palmitano wie folgt zusammen: „Obwohl wir an der bisherigen Technologie weitgehend festhalten, werden sich bessere energetische Ergebnisse erzielen lassen. Und obwohl wir bisher emissionstechnisch nicht schlecht unterwegs waren, sind auch in diesem Bereich noch einmal deutliche Steigerungen zu erwarten.“ Hinzu komme vor allem, dass endlich der Hausmüll von ganz Südtirol an einer Stelle in nur einem Ofen verbrennt werden kann.

„Es wird zu keinen Importen von auswärts kommen“, versichert Palmitano. Reicht die Müllmenge aus Südtirol nicht aus, dann werde die Anlage beispielsweise nur mit 70 oder 80 Prozent gefahren. Er betont auch, dass es sich um keine Großanlage handle – wie es sie etwa in Deutschland gebe (mit Verbrennungskapazitäten von 500.000 bis 600.000 Tonnen pro Jahr). „Unsere

kleine bis mittlere Anlage wird gerade noch rentabel zu führen sein, sie ist wirtschaftlich wie betriebsmäßig noch einigermaßen sinnvoll.“

„Selbstverständlich gibt es auch andere Möglichkeiten, um den Restmüll zu entsorgen“, weiß Palmitano. Die gesamte Menge irgendwo in Südtirol zu deponieren, sei nur schwer vorstellbar: „Da bräuchte man pro Jahr zwischen 150.000 und 170.000 Kubikmeter Platz.“ Außerdem verliere man dabei Wertstoffe (Restmüll ist mit 3000 Kilokalorien pro Kilogramm ein zumindest mittelmäßiger Brennstoff. *Anm.d.R.*) und produziere Schadstoffe.

Andere Technologien seien hingegen noch nicht ausgereift. So setze man auf eine sichere Lösung, die einen hohen Wirkungsgrad, eine effiziente Energierückgewinnung und eine optimale Rauchgasreinigung gewährleistet. Trotz aller Bemühungen bleibt rund ein Viertel des Abfalls auch nach der Verbrennung noch als Asche und Schlacke übrig; erst diese werden dann in den großen Deponien (Frizzi Au und Sachsenklemme) entsorgt.

Technische, wirtschaftliche und umweltmäßige Argumente also für die neue Müllverbrennungsanlage in Bozen Süd. Vor allem die Erzeugung von Energie und die Wiederverwertung von Wärme scheinen äußerst interessant: Der Hausabfall wird bei einer Temperatur von ca. 1000 Grad verbrannt; dabei entsteht heißer Dampf, der über eine Turbine und einen Generator Strom erzeugt – und auch Restwärme, die in der Stadt Bozen weiterverwendet werden kann.

„3000 Haushalte können so künftig mit Strom beliefert werden. Und 5500 mit Wärme und Warmwasser.“ Eine von der Betreibergesellschaft EcoCenter AG gemeinsam mit Partnern in Auftrag gegebene Studie besagt, dass sich durch diese Form der Fernheizung die Kohlendioxid-Emissionen im Großraum um die Landeshauptstadt um 20 Prozent verringern lassen. Konnte bisher ein Wirkungsgrad von 25 Prozent (nur Strom) erzielt werden, so sind es künftig über 60 Prozent (Strom und Fernwärme).

Noch ist die neue Müllverbrennungsanlage nicht fertiggestellt – noch mindestens anderthalb Jahre werden vergehen, bis sie mit 70 Prozent der Gesamtlast in Probelauf gehen kann. „Sechs Monate

Foto: Land Südtirol, Abt. Tiefbau



Mit Hilfe einer gezielten Fernwärmenutzung der Verbrennungsanlage sollen private Haushalte und öffentliche Einrichtungen in Bozen künftig pro Jahr rund 18 Millionen Liter Heizöl einsparen können.

wird dieser dauern“, erläutert der Direktor der EcoCenter AG. „Anfang 2014 könnte dann schon der Regelbetrieb beginnen.“ Die Betriebskosten sind bereits errechnet, offene Punkte bleiben lediglich die Rückzahlungskriterien an den Bauherrn Land sowie die Menge und der Preis der Fernwärme.

Die derzeit betriebene Anlage ist zu 100 Prozent vom Land finanziert worden; das heißt bisher mussten die Südtiroler

lediglich für die Dienstleistung Abfallverbrennung bezahlen, nicht aber für die Investition Anlage. Dies wird künftig anders sein (und zwar so wie auch andernorts in Europa) – es ist also auf jeden Fall mit höheren Müllgebühren zu rechnen. ●

**Die EcoCenter AG ist eine Gesellschaft der Gemeinden Südtirols und der Autonomen Provinz Bozen, die im Umweltbereich Anlagen führt und Dienstleistungen bereitstellt. Sie hat ihren Sitz in Bozen und beschäftigt 136 Mitarbeiter; der Umsatz liegt bei ca. 27 Millionen Euro.*

STICHWORT

Abfallbewirtschaftung in Südtirol

Auf dem Landesgebiet sind verschiedene Entsorgungsanlagen errichtet worden: Es handelt sich um Mülldeponien, Kompostwerke, Biogasanlagen, Recycling- und Wertstoffzentren und Verbrennungsanlagen.

Mülldeponien: Glurns, Tisner Auen (Lana), Pfatten, Natz-Schabs, Franzenfeste, Bruneck, Toblach und Abtei.

Verbrennungsanlagen: Bozen (Restmüll) und St. Lorenzen (Klärschlamm).

Kompost- und Biogasanlagen: Bruneck (Dietenheim), Tiers (Gemäuer), Naturns (Hilbertal), Eppan (Katzental), Sand in Taufers, Schabs, Schlanders (Talair), Neumarkt (St. Florian), Aldein (Winkl) und Lana (Tisner Auen)

Recycling- und Wertstoffzentren: 74 Anlagen.

UMFRAGE

„Wo können Gemeinden noch sparen?“

Olivia Zambiasi, Meran



Heute werden viele Projekte als reine Auftragsbeschaffung wahrgenommen. Eine Straße wird aufgerissen, dann wieder zu und wieder auf. Hier könnte man mit dem Geld der Allgemeinheit umsichtiger wirtschaften, z.B. ähnliche Projekte zusammenlegen, evtl. auch mit Nachbargemeinden, und so größere Vorhaben günstiger umsetzen. ●

Daniela Theiner, Schluderns



Sie könnten bei der Beleuchtung der Straßen besser haushalten, für mehr Energie- und Kosteneffizienz sorgen. Eine optimierte Koordination, bereits in der Planung und später bei der Ausführung von Projekten brächte Einsparungen. Öffentliche Gebäude könnten für Veranstaltungen genutzt werden; so wird die Wirtschaft angekurbelt und es entsteht ein Mehrwert für die Ortschaft. ●

Haimo Perkmann, Kastelbell



Ich finde, auf Gemeinde-Ebene sollte das Thema Sparen langfristig angedacht werden. Wie und wo können neue Pläne und Infrastrukturen so umgesetzt werden, dass sie nachhaltig und energiesparend sind? So kostet ein Projekt kurzfristig vielleicht sogar mehr, aber langfristig würde es erheblich billiger. ●

Lydia Portolano, Bozen



Wenn Straßenarbeiten besser koordiniert würden, spart das Kosten und belastet den Bürger im Alltag nicht so sehr. Den Einzelhandel im Stadtzentrum zu unterstützen und Wohnungen für die Bürger zur Verfügung zu stellen, würde meiner Meinung nach das Zentrum beleben und die Wirtschaft ankurbeln, davon würde auch die Gemeinde profitieren. ●

Peter Trafojer, Bozen



Keine Ahnung wie hoch das Budget einer Gemeinde ist, aber da alle Bürger von ihr Dienstleistungen beziehen und von einer funktionierenden Infrastruktur profitieren, sollen die Einnahmen erhöht werden. Dafür könnte die ICI wieder eingeführt werden und zwar für alle. Abteilungen der Gemeinde könnten zusammengelegt werden, damit deren Auslastung erhöht und Doppelgleisigkeiten vermieden werden. ●

Katharina Götsch, Schnals



In meiner Gemeinde sehe ich dafür zurzeit keine Möglichkeiten. Für mich sind alle jüngst getätigten Ausgaben gerechtfertigt, da in Infrastrukturen investiert wurde, die man unbedingt braucht. Ich sehe auch bei den Mitarbeitern kein Einsparungspotential, denn die werden alle dringend benötigt. ●

Maximilian Ghetta, Algund



Wenn gewisse verwaltungstechnische Aufgaben nicht mehr über den Beamten abgewickelt werden müssen, sondern diese vom Bürger zuhause über e-Government selbst erledigt werden, können die Gemeinden sicher auch beim Personal einsparen. Im Wesentlichen fehlt es an Einnahmemöglichkeiten; außerdem bin ich der Meinung, dass die Umverteilung der Steuergelder nicht stimmt. ●

Alessandro Berti, Naturns



Transparenz birgt eine große Möglichkeit zu sparen, werden nämlich die Bürger regelmäßig über die Beschlüsse der Gemeinde informiert, werden die einzelnen Ausgaben besser überlegt. Kommt dann noch die Mitbestimmung hinzu, wird noch mehr und sinnvoller auf das Allgemeinwohl geachtet, ohne Wichtiges zu vernachlässigen. ●

Sollen sich die Gemeinden bei der Aufdeckung der Steuerhinterziehung einbringen?

Pro

KLAUS RUNER
Bürgermeister
von Terlan



Wenn man davon ausgeht, dass jeder, wie bereits in der Verfassung vorgesehen, nach seinen Möglichkeiten zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben beitragen soll, ist es recht und billig, dass eine Missachtung von Steuerbestimmungen nicht nur als Kavaliersdelikt angesehen wird. Deshalb sollte jeder einzelne durch sein Verhalten dazu beitragen, dass eine Hinterziehung von Steuern verhindert wird. Wenn alle ihre steuerlichen Pflichten einhalten würden, könnte insgesamt die Steuerlast reduziert werden. Letzthin hat der Staat durch die Schaffung von erheblichen Anreizen den Versuch gestartet, die Gemeinden zu einer stärkeren Mitarbeit bei der Aufdeckung der Steuerhinterziehung zu bewegen. Wenn der eingangs erwähnte Grundsatz nicht inhaltslos bleiben soll und nicht immer die "Schlaunen" verschont werden sollen, ist die Mitarbeit der Gemeinde bei der Kontrolle der Steuerhinterziehung grundsätzlich zu befürworten. Fraglich ist dabei noch, welche Möglichkeiten den Gemeinden eingeräumt werden, um eine wirksame Mitarbeit zu gewährleisten. Ziel muss es nämlich sein, nicht eine Hetzjagd auf alle und jeden zu veranstalten, sondern die schwarzen Schafe ausfindig zu machen. Noch besser wäre allerdings ein Steuersystem, bei welchem die Gemeinde selbst einen größeren Teil der Steuern einheben könnte, da dies den Bürgern eine bessere Möglichkeit bieten würde zu überprüfen, was mit „ihrem“ Geld passiert. Die Verwaltungen wären in noch größerem Maße angehalten, die Steuergelder verantwortungsvoll einzusetzen. Der Staat hat vor einigen Jahren durch die Abschaffung der Gemeindeimmobiliensteuer auf Erstwohnungen und die gleichzeitige Übernahme der dadurch entgangenen Gemeindeeinnahmen einen entgegengesetzten Weg beschritten. Diese Maßnahme des Staates hat von vielen Seiten breite Zustimmung erfahren. Nicht bedacht wurde dabei allerdings, dass dadurch nicht ein bestimmter Mindestwohnraum vor der Besteuerung geschützt wird – dies war bereits durch den Freibetrag gesichert –, sondern dass auf diese Weise das Steueraufkommen von wohlhabenden Schichten reduziert worden ist.

Natürlich wäre es für die Verwalter angenehmer, die Einhebung der Steuern dem Staat zu überlassen, über den Steuerdruck zu schimpfen und selbst nur Beiträge von Staat und Land für die Bestreitung notwendiger öffentlicher Ausgaben zu fordern. Ob damit allerdings ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuermitteln erreicht wird, bleibt zu bezweifeln. ●

Contra

**WERNER
TSCURTSCHENTHALER**
Bürgermeister von Innichen



Die prioritäre Aufgabe einer Gemeindeverwaltung ist mit Sicherheit nicht die Aufdeckung von Steuerhinterziehung im wahrsten Sinne des Wortes, sondern die bestmögliche Verwaltung und optimale Gestaltung des Lebensumfeldes sowie die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft und die Erhaltung und Steigerung des allgemeinen Wohlstandes der eigenen Bevölkerung. Da alle Gemeindeverwaltungen ohnehin mit diesen Aufgaben nur einmal aus personeller Sicht teilweise überlastet zu sein scheinen, kann es nicht sein, dass diese nun auch noch die Aufgaben einer Finanzpolizei übernehmen müssen. Die Gemeindeverwaltung wird stets um die rigorose Einhaltung aller rechtlich abgesteckter Rahmen, der ihr bereits zugewiesenen Kompetenzen bemüht sein und weiterhin für Recht und Ordnung auf dem eigenen Gemeindegebiet sorgen. Was jedoch die Bekämpfung der Steuerflucht anbelangt, so denke ich, hat der Staat die geeigneten Mittel und Wege sowie auch die Autorität, dies in einer effizienteren Form, wenn auch immer gewollt, durchzuziehen. Auch ist das Denunziantentum in ländlichen Gebieten äußerst problematisch und birgt die verschiedensten Folgegefahren in sich. Daher sollte die bestehende Struktur der Finanzpolizei fachlich gestärkt werden, um auch eine unabhängige, nicht lokale und objektive Untersuchung von möglicher, angezweifelter oder angezeigter Steuerflucht gewährleisten zu können. Steuerhinterziehung kann vielleicht am besten verhindert werden, indem der Staat einerseits auch Privaten diverse Möglichkeiten zur sinnvollen Steuerabsetzbarkeit einräumt und andererseits die durch Steuergelder bezahlten Strukturen und Dienstleistungen auch effizient und bürgernah anbietet und verwaltet. Im Staat Italien wird es aber sicher nicht leicht sein, die Moral zur Entrichtung von Steuern bei den Bürgern zu heben, zumal die Vorbeiführung von Finanzmitteln am Fiskus seit eh und je als ein Kavaliersdelikt angesehen wird. Die Steuerbelastung in Italien ist einer der höchsten in Europa. Und gerade dieser Umstand hat zu viel Unmut in der Bevölkerung geführt. Ich bezweifle, dass eine kurzfristige Senkung dieser Steuerbelastung diesen Unmut abschwächen und die Zahlungsmoral in der Bevölkerung etwas anheben wird können. Es würde wahrscheinlich kurzfristig zu einer Ankurbelung der Wirtschaft führen, mittel- und langfristig jedoch, würden dem Staat die benötigten Geldmittel fehlen, um die in der Vergangenheit aufgerissenen Finanzlöcher und Schuldenrückzahlungen, von den Zinsen ganz zu schweigen, zurückführen zu können. Also wie man es angeht, man bewegt sich in einem Teufelskreis. ●

ALGUND

Eine europäische Kulturachse nutzen

Die über 700 Kilometer lange Via Claudia Augusta gilt als leichteste Alpenüberquerung für Radfahrer. Die Gemeinde Algund, in der ein Brückenkopf der Römerstraße gefunden wurde, möchte sich mit dieser Marke profilieren.

ULRICH MAYER

Vor knapp 15 Jahren besann man sich in Tirol und Bayern auf eine 2000 Jahre alte „europäische Kulturachse“, die Via Claudia Augusta. Und auf die vielen kulturellen Schätze und Reichtümer, die an ihr liegen. Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern, wählte man ein besonderes Instrument des Gemeinschaftsrechts: Die Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung (EWIV) verbindet Mitglieder unterschiedlicher Rechtsform; ein Kapital ist hierfür nicht erforderlich. Im vergangenen Sommer entschloss sich auch die Gemeinde Algund dieser als Mitglied beizutreten. Das Bildungshaus Schloss Goldrain wurde gleichzeitig als nicht stimmberechtigter Partner aufgenommen. Bis dahin gab es für den Interessensverbund keinen Ansprechpartner südlich des Reschenpasses. Die Via Claudia Augusta ist heute die zweitbefahrenste Radroute in Europa. „Im Radtourismus liegt Potential – nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Vinschger Bahn“, sagt Ulrich Gamper, Bürgermeister von Algund. „Unser Dorf soll ein Rastplatz entlang der Strecke werden, an dem die Touristen nicht vorbeikommen.“ Schließlich habe man einiges zu bieten – nicht zuletzt auch die Überbleibsel eines Brückenkopfes sowie zahlreiche Funde aus der Römerzeit: Und eben dieser – lange Zeit nur als Steinhaufen betrachtet und betitelt – wird derzeit unter der Leitung von Architekt Leo Gurschler aufgewertet,



Von links: Referent Martin Geier, Bürgermeister Ulrich Gamper und Referent Giancarmine Tollis vor dem Eingang zum neuen Museum beim römischen Brückenkopf, das schon bald eröffnet wird.

um künftig Anziehungspunkt zu sein. Nächstes Jahr soll dort ein kleines Museum seine Tore öffnen, das ohne große Spesen geführt werden kann. Neben dem Bürgermeister bemühen sich auch die Referenten Martin Geier und Giancarmine Tollis, die „kulturelle und touristische Nische“ zu besetzen. Es wurde ein Organisationskomitee ins Leben gerufen, das verschiedene Vereine und Verbände des Ortes zusammenführt, und von Laura Schütz koordiniert wird. Man wisse, so Gamper, dass die Radtouristen bereit sind, während ihrer Touren einiges an Geld auszugeben. Wieso sollen sie dies nicht in Algund tun, dort wo der geographische Vinschgau ins

Burggrafenamt übergeht? Man könne sich aber auch mit dieser umwelt- und familienfreundlichen Freizeitbeschäftigung identifizieren. Gamper, mittlerweile zweiter Vizepräsident der EWIV Via Claudia Augusta, erklärt: „Wir möchten uns ein klares Profil geben.“ Die Gemeinde Algund hat sich die Rechte für die Vermarktung der Via Claudia Augusta gesichert. Dies obwohl es erklärtes Ziel ist, weitere Orte für die gemeinsame Sache zu gewinnen. Die EWIV feilt am einheitlichen Auftreten... und nicht zuletzt an der Erneuerung der entsprechenden Beschilderung, die ursprünglich im Rahmen eines Interreg-Projektes geschaffen worden ist. Ver-

öffentlichungen sollen die Geschichte der Römerstraße beleuchten – und auf die Sehenswürdigkeiten hinweisen. Selbstverständlich wird dabei nicht nur auf bedrucktes Papier gesetzt, sondern auch auf moderne Handy-Apps. Vor wenigen Wochen hat in Algund ein so genanntes Römerfest stattgefunden, mit Geladenen aus allen Orten entlang der Via Claudia Augusta. 2014 soll an gleicher Stelle der 2000. Geburtstag der Straße gefeiert werden.

Präsident der EWIV Via Claudia Augusta ist derzeit Siegfried Gohm aus Landeck (Verein Via Claudia Augusta Tirol), sein erster Stellvertreter Ingo Lehmann aus Landsberg (Verein Via Claudia Augusta Bavariae). Christoph Tschalkner aus Fliess hat den Vorsitz



Kleiner Aufwand, großer Effekt: Zwei riesige Stühle an der Via Claudia Augusta in Algund machen heute schon auf die Burggräfler Gemeinde mit ihren knapp 5000 Einwohnern aufmerksam.

der Arbeitsgemeinschaft „Gastlichkeit“, an der Via Claudia Augusta zusammenführt.

STICHWORT

Via Claudia Augusta

Ursprung: Unter Drusus, dem Stiefsohn von Kaiser Augustus, wurde im Jahr 15 v. Chr. damit begonnen, die Pfade der Kelten, Räter und Etrusker zur ersten richtigen Straße über die Alpen auszubauen. Endgültig fertiggestellt wurde die ursprünglich militärische Verbindung in die neuen Provinzen erst 60 Jahre später – unter seinem Sohn, Kaiser Claudius. Schon bald wurde daraus eine wichtige Handelsroute des Römischen Reiches, die von der Adria über den Reschen- und den Fernpass bis zur Donau führte. Mit dem Ausbau der Via Raetia über den Brennerpass verlor die Via Claudia Augusta zunehmend an Bedeutung. Im Unterschied zu anderen römischen Straßen ist sie durch die in Rabland (Südtirol) und in Cesiomaggiore (Venetien) gefundenen Meilensteine belegt (jener von Nauders am Reschenpass ist leider nicht mehr lesbar). Noch haben die Historiker aber nicht alle Fragen über die „Kaiserstraße“ beantworten können.

Strecke: Die Via Claudia Augusta führt vom ehemaligen römischen Hafen Altinum (Altino) bei Venedig nach Donauwörth in Bayern. Zunächst geht es durch die venezianische Ebene, das Valbelluna, das Feltrino, das Tesino, das mittlere und obere Valsugana bis Trient. Dort zweigt der westliche Strang ab, der über Vallagarina und Valpolicella seinen Endpunkt in Ostiglia am Po findet. Von Trient verläuft die Römerstraße bis ins Südtiroler Unterland und nach Bozen, dann nach Meran und Algund, weiter über den Vinschgau. Die nächsten Stationen sind Nauders, Landeck, Imst und Reutte. Von Tirol gelangt man dann nach Bayern: Füssen, Landsberg, Augsburg und Donauwörth.

Nutzung: Die Eroberungs- und Verteidigungsstraße wurde schon bald vorwiegend von Händlern und Reisenden genutzt, was sich auf die Entwicklung der Dörfer und Städte entlang der

Route niedergeschlagen hat. Vor knapp 15 Jahren wurde die Via Claudia Augusta im Rahmen einer grenzüberschreitenden touristischen und kulturellen Zusammenarbeit wiederentdeckt – mit dem Versuch, ihr neues Leben einzuhauchen. Mittlerweile wird nur der Donauradweg öfter befahren, als der familienfreundliche Alpenübergang mit seinen vielen Zeugnissen einer wechselvollen Geschichte und der von ihr geprägten Kultur. Und selbstverständlich ist die Via Claudia Augusta eine bekannte touristische Route sowie ein beliebter Fernwanderweg. Einmal im Jahr findet auch eine historische Postkutsche ihren Weg über die Route.

Weiterführende Informationen über die Via Claudia Augusta gibt es unter www.viaclaudia.org im Internet; sie wird dort als „Stück Identität“ bezeichnet, die von der Bevölkerung „als Achse der Begegnung, des Austausches und der Zusammenarbeit“ gelebt werde.

TRUDEN

Gemeinde Truden feiert rundes Jubiläum



900 Jahre sind seit der ersten urkundlichen Erwähnung von Truden vergangen. Die Gemeindeverwaltung hat mit verschiedenen sichtbaren Zeichen sowie kulturellen und gesellschaftlichen Initiativen auf dieses Jubiläumsjahr hingewiesen.

EDMUND LANZINER

Ein eigenes Logo hat die verschiedenen Veranstaltungen, welche im Laufe des Jubiläumjahres von und mit den örtlichen Vereinen organisiert wurden, begleitet. Hervorzuheben die Vorstellung der Studie von Christoph Mayr Fingerle bezüglich der charakteristischen Baumerkmale des Hauptortes Truden, das Konzert des Haydn Orchesters, das Treffen der Musikkapellen des gesamten Fleimstales, die historischen und kunsthistorischen Vorträge mit Chiara Felicetti aus Predazzo, Raffaele Zancanella aus Cavalese und die Vorträge der Autoren des Dorfbuches von Truden, Johannes Ortner und Rainer Loose, das Fotographieprojekt der Universität Bozen unter der Leitung von Walther Niedermayr, die Künstlergespräche mit Gotthard Bonell, Robert Bosisio, Hansi Finatzer und Hubert Stuppner. Den Höhepunkt bildete eine Großveranstaltung am 21. August – mit dem Einmarsch der 27 Dorfvereine, den Behördenvertretern sowie der gesamten Dorfbevölkerung.

Alles begann am 13. und 14. Juli 1111 als in Vertretung der Comunitas Flemarum vier abgeordnete Männer in Anwesenheit vieler Zeugen jene Vereinbarung unterzeichneten, welche die Geschichte des Tales über Jahrhunderte beeinflussen sollte: die Patti Gebhardini. Damit der Trientner Fürstbischof Gebhard als Herr über Grund und Boden auch entsprechend anerkannt wurde, sah er sich



Foto: Gemeinde Truden

Truden befindet sich im Herzen des Naturparks Trudnerhorn und wird von prächtigen Wäldern und sonnigen Wiesen umgeben.

gezwungen bedeutende Konzessionen zu gewähren, welche den Fleimstalern nur Vorteile bringen konnten. So wurde der Bevölkerung, welche – a clusa Trodene usque ad pontem de la Costa – im Gebiet zwischen der Trudner Klause unterhalb des Weilers Mühlen und der Brücke hinter Moena lebte, auf ewige Zeit sämtliche Steuern, Mauten und Zölle erlassen.

Damit begann auch die nachbarschaftliche Beziehung mit der Tal- und Gerichtsgemeinde Fleims, der Magnifica Comunità di Fiemme, an der Truden heute noch Anteil hat. In den Jahren 1533 und 1534 erarbeiteten die Fleimser ein Statutenbuch, das ihre Freiheiten und Rechte schriftlich festhielt, den so

genannten Quadernollo. Dieses Buch ist in drei Teile gegliedert und enthält sämtliche von Fürstbischof von Trient seit den Patti Gebardini erhaltenen zusätzlichen Privilegien, ein umfangreiches Verzeichnis der Gemeindeweiden und Wiesen sowie das eigentliche Statut der Talgemeinde.

1613 wurde eine Neufassung der Statuten erarbeitet, der ebenfalls dreiteilige Libro delle Consuetudini della Valle di Fiemme. Dieser war gleichsam das gesatzte Recht der Fleimser, dessen Anwendung und Gültigkeit bis zur Säkularisation 1803 in Kraft war.

1805 kommen Tirol und das Trentino zu Bayern, unter dessen Herrschaft



Foto: Gemeinde Truden

Truden hat etwas mehr als 1000 Einwohner, davon gehören 80 Prozent zur deutschen und 20 Prozent zur italienischen Sprachgruppe.

die Eigenständigkeit der Talgemeinde Fleims zu Ende geht. Nach dem Fall Napoleons kommt das Fleimstal bis Ende des Ersten Weltkrieges wieder zu Österreich. Noch heute gehört Truden als einzige Südtiroler Gemeinde zur Talgemeinde Fleims und wird von einem eigenen Regolano vertreten.

Besondere Bedeutung hatte Truden wegen der alten Verbindungsstraße mit dem Etschtal. Über den Sattel von San Lugano fuhren bereits im Spätmittelalter größere, für den Holztransport geeignete Karren. Aber auch viel früher wurde diese Verbindung, bei Überschwemmungen im Unterland, als Alternative zur Nord-Süd-Achse, der Claudia Augusta genutzt. Deshalb war die Deutung, dass der Ortsname Truden als Ableitung von einem lateinischen Substantiv trogiu (Fussteig, Weg, Viehtrieb) entstammt, leicht nachvollziehbar. Prüft man diese Ableitung aber im Detail, kommt man zum Schluss, dass der Name nicht erst von den Römern, sondern bereits von der rätischen Bevölkerung geprägt wurde. Die Bedeutung wäre in etwa 'Gebiet eines Trute oder Truße', und der Namensträger war

wahrscheinlich eine höher stehende Person.

Sicher ist, dass die Geschichte des Fleimstales und somit Trudens eine Geschichte der Demokratie, Selbstverwaltung, von erkämpfter und verteidigter Freiheit, von Vereinbarungen mit Mächtigen und Kämpfen mit Eroberungslustigen ist. Eine Jahrhundert-Geschichte in der immer wieder das Volk die Hauptrolle gespielt hat. Bis heute ist die Institution der Magnifica Comunita di Fiemme und mit ihr das Eigentum an Grund und Boden geblieben. Es ist als Allgemeinvermögen aller zur Talgemeinde gehörenden Bürger (Vicini) im Grundbuch festgeschrieben.

Die Trudner Siedler stammten mehrheitlich aus dem Fleimstal und dem Südtiroler Unterland. Um 1503 wurden in Truden und San Lugano 22 Feuerstellen registriert, welche auf eine Einwohnerzahl von etwa 100 Personen schließen lassen. Die Zuwanderung romanischer und deutscher Siedler hatte eine ethnische Durchmischung zur Folge. Ab Mitte des 16. Jahrhunderts überzog der deutschsprachige Anteil.

Auf 1100 Meter Meereshöhe gelegen, erstreckt sich die Gemeinde Truden heute über 2070 Hektar, wovon ungefähr 300 Hektar intensiv genutzt und über 1600 Hektar Waldgebiet sind. Zahlreiche gut gehaltene Wanderwege und die artenreichste Flora und Fauna aller Südtiroler Naturparke, tragen dazu bei, dass Truden ein sehr beliebtes Wanderziel geworden ist. Alle Jahre kann man mit über 60.000 Nächtigungen rechnen. Zu Truden gehören auch die Fraktionen Mühlen, Kaltenbrunn und San Lugano. Neben dem Tourismus tragen auch verschiedene mittlere und kleinere Handwerksbetriebe sowie ein Dutzend Landwirtschaftsbetriebe zum wirtschaftlichen Wohlstand der Gemeinde bei.



ZUM AUTOR

EDMUND LANZINER

ist seit 1969 in der Fraktion Lugano in Truden ansässig, seit 1990 im Gemeinderat und seit 2000 Bürgermeister der Gemeinde Truden.

PFATTEN

Nun auch eine Heimstätte für die Freiwilligen

In zwei Punkten unterschied sich Pfatten lange Zeit von anderen Südtiroler Gemeinden: Erst vor sechs Jahren wurde eine Freiwillige Feuerwehr gegründet. Und heuer wurde endlich mit dem Bau eines entsprechenden Gerätehauses begonnen.



Foto: FF Pfatten

Am 1. Dezember 2005 wurde anlässlich des Patroziniumsfestes die Freiwillige Feuerwehr Pfatten (im Bild) gegründet; sie gehört dem Bezirksverband Unterland an – und zählt momentan 21 Aktive.

ULRICH MAYER

Eine Berufsfeuerwehr, drei Betriebsfeuerwehren und 305 Freiwillige Feuerwehren in den Gemeinden gewährleisten im ganzen Land flächendeckend den Personen- und Sachschutz bei Bränden und anderen Notfällen. Die freiwilligen Feuerwehrleute üben den gesamten Dienst (Einsatz, Übung, Schulung, Gerätewartung, Organisation, Verwaltung, Aufbringen der Haushaltsmittel usw.) ehrenamtlich aus, das heißt in ihrer Freizeit, im Urlaub oder in Freistellung vom Arbeitsplatz. Die

Freiwilligen Feuerwehren werden in finanzieller Hinsicht etwa zur Hälfte von der öffentlichen Hand (Gemeinden und Land) und zur anderen Hälfte von der Bevölkerung getragen.

Verfügen viele Südtiroler Gemeinden gleich über mehrere Züge (in den verschiedenen Ortschaften), so musste Pfatten mit seinen mittlerweile 1000 Einwohnern lange Zeit auf eine Freiwillige Feuerwehr warten. „Anfang Dezember 2005 war es soweit“, erinnert sich Bürgermeister Alessandro Beati an die Gründung des örtlichen

Feuerwehrkorps. Pfatten war die letzte Gemeinde, die diesen Schritt getan hat. Treibende Kraft war die Gemeindeverwaltung, die Ende Oktober 2005 zu einer Bürgerversammlung geladen hatte. „Wir haben es als vorrangige institutionelle Aufgabe gesehen, dieses Vorhaben voranzutreiben“, betont Beati seine Bemühungen, die auch tatkräftig von seinem Stellvertreter Roland Waldthaler unterstützt worden sind.

Gründungskommandant war Robert Brusinelli, sein Stellvertreter Norbert Baldo. Ihren ersten Einsatz musste die

Freiwillige Feuerwehr Pfatten schon innerhalb der ersten Woche nach ihrer Gründung leisten: Zwar war kein Feuer zu löschen, aber bei der Schneerräumung waren helfende Hände mehr als gefragt. Viel zu tun gab es auch in den darauffolgenden Monaten, dies obwohl man noch nicht über Feuerwehrausrüstung und -geräte verfügte. „Richtig operativ tätig geworden ist die Feuerwehr dann ab August 2007“, sagt Beati. „Seither wurde sie regelmäßig zu Einsätzen auf dem Gemeindegebiet von Pfatten gerufen, aber auch darüber hinaus – und selbstverständlich in Zusammenarbeit mit anderen Feuerwehren.“

Heute zählt man 21 Aktive – darunter auch drei Frauen. Und eine gemischte Jugendgruppe mit zwölf Mitgliedern im Alter zwischen zwölf und 17 Jahren, die auch aus den Nachbargemeinden kommen. Der Bürgermeister verweist auf die große Begeisterung und den großen Einsatz der Mitglieder, die für die Übungen und auch für die Aus- und Weiterbildung in der Feuerweherschule in Vilpian sehr viel Freizeit geopfert haben. Es konnten inzwischen zwei Einsatzfahrzeuge finanziert und angekauft werden; diese mussten aber bislang behelfsmäßig in zwei Gemeindegaragen geparkt werden.

Kein idealer Platz für die Fahrzeuge – und kein Platz für die Geräte und Ausrüstung: „Da musste etwas getan werden“, betont Beati. Im März 2011 beschloss der Gemeindevorstand von Pfatten, den Bau einer Feuerwehrrhalle um rund zwei Millionen Euro auszusprechen. Die Arbeiten sollten nach dem Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots nach der Methode der Einheitspreise vergeben werden. Das Projekt, das auch unterirdische Parkplätze für die Sportzone von Pfatten beinhaltet, ist zuvor von Ingenieur Rudy Bertagnolli und Architektin Stefania Saracino sowie Fachingenieur Jochen Cristofolletti ausgearbeitet worden.



Foto: Gemeinde Pfatten

Ein weiterer Meilenstein: Nachdem vor sechs Jahren die letzte Südtiroler Gemeinde ihre Freiwillige Feuerwehr erhalten hat, soll diese Ende des nächsten Jahres in ihr neues Heim im großen Bild einziehen können.



Im kleinen Bild: Bürgermeister Alessandro Beati.

Zwölf Angebote erreichten das Gemeindesekretariat von Pfatten.

Es folgte eine genaue Kontrolle der eingereichten Unterlagen durch Gemeindesekretär Mirko Campo. „Alles wurde bis ins Detail überprüft – die zu verwendenden Materialien und die geplante technische Ausführung“, erklärt der Bürgermeister. Bei elf Unternehmen gab es bereits beim so genannten technischen Teil der vorgelegten Unterlagen einige Probleme; sie mussten ausgeschlossen werden, was verständlicherweise zu einigem Unmut geführt hat. „Wir haben unsere Arbeit korrekt und transparent durchgeführt“, unterstreicht Beati. Nach der Öffnung der Umschläge bezüglich des technischen Teils wurden jene mit dem so genannten wirtschaftlichen Teil, also dem Preisangebot, geöffnet.

Der Zuschlag ging im Juli 2011 an die verbliebene Unionbau GmbH aus Sand in Taufers (mit einem Abschlag von 9,51 Prozent gegenüber der Ausschreibungssumme). Nach dem recht schwierigen Ausschreibungsverfahren durften sich nicht nur Bürgermeister Alessandro Beati,

seine Stellvertreterin Johanna Clementi Mosna sowie die Referenten Walter Dorigatti, Omar Bernardi und Elmar Oberhofer über eine baldige Übergabe der Arbeiten für das „Bauvorhaben Feuerwehrhaus Pfatten“ freuen, auch die gesamte Dorfgemeinschaft blickte dem lang ersehnten Ereignis mit Freude entgegen. Ende Oktober 2011 war es soweit, das Bauunternehmen begann offiziell mit den Arbeiten.

„Das Unternehmen hat insgesamt 14 Monate Zeit, um die Arbeiten abzuschließen“, sagt Beati und hofft, dass die vorgegebenen Termine eingehalten werden: „Dann wäre das neue Feuerwehrhaus sozusagen ein Weihnachtsgeschenk – für die freiwilligen Feuerwehrleute und für die ganze Dorfgemeinschaft.“ Für die Gemeinde Pfatten wäre die Inbetriebnahme des Gerätehauses, das südlich der Sportzone direkt neben dem Wertstoffzentrum gebaut wird, die Krönung der Bemühungen um einen zeitgemäßen Zivilschutz im Dorf, die 2005 begonnen haben. Und gleichzeitig würde man im Vergleich mit den anderen Gemeinden in Südtirol in einem wichtigen Bereich aufholen. ●

TRENTINO

Autonomie – Primiero als Neustart

Die Charta von Primiero - ein Bekenntnis zum wertvollen Erbe der Autonomie – wurde von den Trentiner Gemeinden und Talschaften anlässlich des Gemeindetags in Transacqua in Primiero genehmigt.

MARINO SIMONI

Was ist die Charta von Primiero eigentlich? Und vor allem: war sie wirklich notwendig? Die Antwort auf diese Fragen ergibt sich aus der derzeitigen gesamtstaatlichen Politik, die leider durch eine massiven Rückkehr zum Zentralismus gekennzeichnet ist, der in krassm Gegensatz zur konsolidierten Geschichte von Autonomie und guter Regierungsführung steht. Die Notwendigkeit, den veraltungspolitischen Weg der territorialen Verantwortung zu schützen, die der Entwicklung und dem Dienstangebot für die Bürger förderlich war und gleichzeitig auch Entscheidungen vorweggenommen hat, die später auf gesamtstaatlicher Ebene übernommen wurden, hat ganz offensichtlich eine klare und gewichtige Stellungnahme erfordert. Mit anderen Worten, es war undenkbar, eine von oben aufoktroierte

Kursänderung anzunehmen, die zu einer Aushöhlung der lokalen Gebietskörperschaften geführt hätte.

Im Bewusstsein um die Bedeutung der Zukunft unseres Landes, die es auch im Interesse der nächsten Generationen zu schützen gilt, haben wir Verwalter uns für ein Dokument stark gemacht, das die im vergangenen Oktober in Brindisi ernannte neue Führungsspitze des italienischen Gemeindeverbands ANCI schwarz auf weiß zum Umsetzung einer Politik verpflichtet, die dem reichen Erfahrungsschatz der Gemeinden von Regionen und Provinzen mit Sonderstatut Rechnung trägt.

Wir konnten - um es mit den Worten von Titus Livius zu sagen - nicht zulassen, dass „Dum Romae consulitur, Saguntum expugnatur“, dass man in Rom noch berät, während Saguntum eingenommen wird. Dieses Zitat scheint mir auch für unseren Fall sehr passend, wenngleich diesmal die Ursache nicht die Trägheit sondern vielmehr der übertriebene Eifer auf römischer Seite ist, wenn es darum geht, die lokalen Gebietskörperschaften um ihre verantwortungsbewusste - und diesen Begriff möchte ich betonen - Machtausübung zu bringen. Wir wollten nicht zulassen, dass unser vorbildlicher Dezentralismus genauso wie Saguntum den römischen Spitzfindigkeiten geopfert und Schlag auf Schlag aushöhlt wird.

Und hier schmerzt es bemerken zu müssen, dass sich an diesem Spiel des

„Wen rette ich, wen stoße ich in den Abgrund?“, als Folge einer Politik, die keine angemessenen Antworten zu liefern vermag, manchmal auch Institutionen beteiligen, die einfach kurzerhand alle in den Abgrund befördern, ohne die Zusammenarbeit mit den Gemeinden der Regionen oder Provinzen mit Sonderstatut suchen. Das ist der falsche Weg, um Zukunft zu planen. Die Charta von Primiero will dieser Entwicklung dadurch Einhalt gebieten, dass die Gemeinden von Regionen und Provinzen mit Sonderstatut ihren reichen Erfahrungsschatz allen zur Verfügung stellen und somit positive Impulse setzen. Dabei vertraut sie vor allem auf die Einheit, die den ANCI seit jeher auszeichnet.

Wer neue Szenarien schaffen will, muss in erster Linie auf Wissen und Bewährtes bauen; es wäre sinnlos und überflüssig, etwas neu erfinden zu wollen, das es bereits gibt. Aus dieser Erkenntnis heraus wollen wir den Grundstein liefern, um zusammen mit allen Gemeinden Italiens ein solides und sicheres Haus zu errichten, in dem sich alle wohl fühlen, weil es gemeinsam gebaut wurde. ●



Die Charta von Primiero wurde von Marino Simoni (Präsident des Trentiner Gemeindenverbandes), Arno Kompatscher (Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes), Elso Gerandin (Präsident des Aostaner Gemeindenverbandes) und Mario Pezzetta (Präsident von ANCI Friaul Julisch Venetien) unterzeichnet.



ZUM AUTOR

MARINO SIMONI

ist Präsident des Trentiner Gemeindenverbandes.

INTERN

8092 Gemeinden wählen neue Spitze

Vom 5. bis 7. Oktober 2011 fand in Brindisi (Apulien) die 15. Vollversammlung des Verbandes der italienischen Gemeinden (ANCI) statt, bei der auch ein neuer Präsident gewählt worden ist.

CHRISTA WALDBOTH

Über 3000 Vertreter der Gemeinden aus ganz Italien, vorwiegend Bürgermeister, diskutierten im Rahmen des Kongresses über die vom italienischen Staat den Gemeinden auferlegten Sparmaßnahmen, die unter anderem auch den verpflichtenden Zusammenschluss von Kleingemeinden vorsehen. In den vergangenen Jahren bekamen die italienischen Gemeinden die Folgen der Wirtschaftskrise sehr stark zu spüren. Daher forderten sie auch die Neuregelung des Stabilitätspaktes.

Höhepunkt der Großveranstaltung war allerdings die Wahl des neuen ANCI-Präsidenten. Dieses Amt bekleidete seit dem Jahr 2009 der Bürgermeister von Turin Sergio Chiamparino. Die Wahl gestaltete sich schwierig, weil das Mitte-Links-Lager sich nicht auf einen einzigen Kandidaten einigen konnte. Auf der einen Seite bewarb sich der süditalienische Kandidat Michele Emiliano, Bürgermeister von Bari. Auf der anderen Seite hatte Graziano Delrio, Bürgermeister von Reggio Emilia, seine Kandidatur angemeldet.

Schließlich konnte sich der Kandidat des norditalienischen Lagers durchsetzen. Graziano Delrio wurde mit großer Mehrheit zum ANCI-Präsidenten gewählt. Von Beruf Arzt, wurde er 2004 mit mehr als 63 Prozent der Vorzugsstimmen zum Bürgermeister von Reggio Emilia gewählt und 2009 wieder bestätigt. Seit dem Jahr 2005 war er als ANCI-Vizepräsident tätig.



Foto: Gemeindevorstand Trentino

Präsidenten unter sich (von links): Marino Simoni, Graziano Delrio und Arno Kompatscher.

Mit der Wahl zum Präsidenten vertritt er nun die 8092 Gemeinden Italiens.

Präsident Arno Kompatscher vom Südtiroler Gemeindenverband zeigte sich über die Wahl von Graziano Delrio zum ANCI-Präsidenten sehr erfreut, da auch er, gemeinsam mit den Delegierten aus Südtirol, diesen unterstützte. „Es ist uns ein Anliegen, dass nicht nur die Interessen der Gemeinden Südtirols im italienischen Verband Gehör finden, sondern, dass die Gemeinden im Allgemeinen als gleichberechtigte Partner den anderen Körperschaften wie Staat, Region und Provinz gegenüber auf Augenhöhe begegnen können, wie es die italienische Verfassung vorsieht.“ ●



ZUR AUTORIN

CHRISTA WALDBOTH

ist Mitarbeiterin der Geschäftsleitung und der Pressestelle im Südtiroler Gemeindenverband.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Für Führungskräfte

„Wirksam führen“

20. bis 21. März 2012

Ort: Südtiroler Gemeindenverband
(jeweils von 9 bis 17 Uhr)

Inhalt: In diesem Seminar lernen die Führungskräfte, wie sie ihre Führungsaufgaben wirksam und nachhaltig wahrnehmen können.

„Erfolgreich Verhandeln nach dem Harvard-Konzept“

25. bis 26. Oktober 2012

Ort: LVH – Landesverband der Handwerker, Bozen
(jeweils von 9 bis 17 Uhr)

Inhalt: Die Grundlage des Seminars bildet das „Harvard-Konzept“, eine an der Harvard School of Law entwickelte und weltweit anerkannte praktizierte Verhandlungstechnik.

Für Bürgermeister und Gemeindeferenten

„Rhetorik – mehr als nur sprechen“

22. bis 23. März 2012

Ort: LVH – Landesverband der Handwerker, Bozen
(jeweils von 9 bis 17 Uhr)

Inhalt: Es wird das rhetorische Rüstzeug vermittelt, um künftig in Vorträgen und Gesprächen zu überzeugen, und somit Ziele leichter zu erreichen.

„Professionell präsentieren I – So gewinnen Sie Ihre Zuhörer“

10. bis 11. April 2012

Ort: Südtiroler Gemeindenverband
(jeweils von 9 bis 17 Uhr)

Inhalt: Die richtige Vorbereitung, das nötige Handwerkszeug und theoretisches Basiswissen machen aus Ihren zukünftigen Präsentationen einen gelungenen Auftritt.

„Professionell präsentieren II – So gewinnen Sie Ihre Zuhörer“

30. bis 31. Oktober 2012

Ort: Südtiroler Gemeindenverband
(jeweils von 9 bis 17 Uhr)

Inhalt: Grundlagen, Kommunikationsstile, rhetorische Kniffe und gezielter Einsatz von Sprache, Umgang mit Fragen und Störungen, sowie typgerechte Informationsvermittlung.

Freie Software – wieso eigentlich nicht?

Was nix oder wenig kostet, das taugt nix! Eine landläufige Meinung. Bei Softwareprodukten ist dies anders – auch wenn die großen Hersteller vehement versuchen, vom Gegenteil zu überzeugen.

ULRICH MAYER

Es gibt eigentlich keinen plausiblen Grund, freie Produkte wie Open Office nicht zu benutzen“, sagt Hugo Leiter, Verantwortlicher der EDV-Abteilung im Südtiroler Gemeindenverband. Und doch tun es immer noch recht wenige – obwohl der Marktanteil steigt. „Ein Vorteil sind sicherlich die Kosten, wobei freie Software nicht unbedingt gleichbedeutend mit kostenloser Software sein muss. Das Produkt kann fast beliebig an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden. Außerdem gerät man nicht in langfristige Abhängigkeiten von großen Softwarefirmen.“ Es könne eine höhere Sicherheit garantiert werden, da der Programmcode von vielen verschiedenen Entwicklern geschrieben wird – und auch quelloffen ist, d.h. von jedem einsehbar ist. „Es kann also ausgeschlossen werden, dass irgendwelche Nutzerdaten zurück zum Hersteller fließen.“ Und nicht zuletzt könne man sich auf freie Software absolut verlassen, mindestens gleich wie auf so genannte proprietäre Produkte – wenn nicht noch viel mehr! Hinter dem Begriff „Open source“-Software verbirgt sich ein technisches Modell, eine grundsätzlich offene und transparente Entwicklungsmethodik. Bei freier Software geht es noch viel weiter: „Dahinter steht eine weltweite soziale Bewe-



In der Programmieretechnik überlegen, in der Benutzerführung mindestens gleich gut: Eigentlich sollte kein Weg mehr an freier Software vorbeiführen. Im kleinen Bild: Hugo Leiter, Verantwortlicher der EDV-Abteilung im Südtiroler Gemeindenverband.



gung, die auf Altruismus beruht, die gegen Monopole kämpft und Freiheiten schafft.“ So kann diese für alle verständliche Software unbegrenzt für jeden Zweck genützt werden; sie darf an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden, sie darf kopiert und weitergegeben werden – und sie darf verbessert werden. „Dies geschieht durch eine große Zahl an Freiwilligen, die sich über die Entwicklung in zahlreichen Diskussionsforen austauschen, und eben in ihrer Frei-

zeit an den Programmen arbeiten. Und auch durch Unternehmen, die neue Geschäftsmodelle verfolgen: Sie verdienen nicht am eigentlichen Produkt, sondern an Spezialwünschen, an Hilfestellungen, an Schulungen usw.“ So muss freie Software auch nicht notgedrungen kostenlos sein. Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Telefonzentralen, Betriebssysteme, Datenbanken... für alle Bereiche gibt es funktionierende freie Software – und auf nahezu al-

len „Rechnern“ (PC, PDA, Handy) ist sie uneingeschränkt einsetzbar. Dennoch verläuft das Umdenken – immer die „schlagkräftigen“ Argumente der Hardware- und Software-Riesen im Hinterkopf – etwas schleppend. Auch in den Rathäusern in Südtirol. „Dies obwohl sehr viel Geld gespart werden könnte ohne, dass die zu verrichtenden Arbeiten dadurch schwieriger werden“, meint Leiter. Man müsse hier einfach nur über seinen Schatten springen! ●

EXPERTENMEINUNG

Rote Zonen stehen für sehr hohe Gefahr

Ein gebirgiges Land wie Südtirol unterliegt Naturereignissen wie Rutschungen, Steinschlag, Lawinen, Murenabgänge und Überschwemmungen. Solche Phänomene und auch ihr Management werden dann zum Problem, wenn sich die betroffenen Gebiete mit dem Lebens- und Handlungsraum des Menschen überschneiden.

PATRIK AUSSERER

Eine genaue Kenntnis der natürlichen Gefahren und jener Bereiche, wo sie auftreten, ist für einen funktionierenden Zivilschutz und eine zukunftsorientierte Raumplanung in Südtirol unumgänglich. Dafür müssen viele Millionen Euro bereitgestellt werden. Um die Gefahren durch Verbauung zu bannen, wären gar Milliarden Euro notwendig.

Derzeit haben erst drei Südtiroler Gemeinden einen eigenen Gefahrenzonenplan; die meisten sind in der Ausschreibungsphase. Da der Gefahrenzonenplan das Ergebnis einer interdisziplinären Zusammenarbeit einzelner Fachbereiche ist, hat der Südtiroler Gemeindenverband ein Muster ausgearbeitet, um die Vorgangsweise dieser Ausschreibungen zu vereinheitlichen. Zugleich wurde einvernehmlich mit den Ämtern Wildbachverbauung, Zivilschutz und Geologie eine Prioritätenliste ausgearbeitet: Stärker gefährdete Gemeinden müssen als erste den Gefahrenzonenplan ausarbeiten; die Reihung der weiteren Gemeinden kann dann auch auf Bezirksebene vereinbart werden. Mit Durchführungsverordnung werden die Bestimmungen hinsichtlich der zulässigen Vorhaben und der Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren oder Schäden durch Naturereignisse, differenziert



Von links oben (im Uhrzeigersinn): Steinschlag in Rabenstein (Moos in Passeier), Rutschung in Mörré (St. Martin in Passeier), Vermurung in St. Pankraz (Ulten), Rutschung in St. Leonhard in Passeier.

nach Grad und Art der festgestellten Gefahr, festgelegt. Je nach Intensität und Häufigkeit der erforschten Gefahren ergeben sich folgende Gefahrenzonen, die mit unterschiedlichen Farben gekennzeichnet sind:

• **Zone H4 (Rot) – Verbotsbereich: Sehr hohe Gefahr**

Es ist mit Verlust von Menschenleben bzw. mit schweren Verletzungen, schweren Schäden an Gebäuden, an Infrastrukturen und an der Umwelt sowie mit der Zerstörung von sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu rechnen. Personen sind sowohl innerhalb als auch außerhalb von Gebäuden gefährdet. Mit der plötzlichen Zerstörung von

Gebäuden ist zu rechnen. In dieser Zone ist keine Vergrößerung der Nutzflächen oder der ober- und unterirdischen Baumassen gestattet. Möglich sind nur Abbruchs-, Restaurierungs- und Sanierungsarbeiten, Maßnahmen zur Verringerung der Schadensanfälligkeit sowie hygienische und gesundheitliche Anpassungen der Bauten.

• **Zone H3 (Blau) – Gebotsbereich: Hohe Gefahr**

Es ist mit Verletzungen von Personen, Schäden an Gebäuden und Infrastrukturen mit daraus folgender Unzugänglichkeit derselben sowie mit einer Unterbrechung von sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten und mit

beträchtlichen Umweltschäden zu rechnen. Personen innerhalb von Gebäuden sind nicht gefährdet, jedoch außerhalb davon schon. Mit Schäden an Gebäuden ist zu rechnen, jedoch sind plötzliche Gebäudezerstörungen bei entsprechender Bauweise nicht zu erwarten.

In den „blauen Zonen“ sind Abriss- und Wiederaufbauarbeiten sowie Vergrößerungen der bestehenden oberirdischen Baumasse, sofern diese zur Erhöhung der Gebäudesicherheit beitragen, möglich. Vorgesehen ist auch die Errichtung von unterirdischer Baumasse mit ergänzender Funktion und von unterirdischen Parkplätzen. Neubauten

dürfen in freien Baulücken, die in Siedlungsgebieten liegen oder Lücken am Siedlungsrand schließen, errichtet werden, sofern die bestehende Gefährdung nicht verstärkt wird.

• **Zone H2 (Gelb) – Hinweisbereich: Mittlere Gefahr**

Es ist mit geringen Schäden an Gebäuden, Infrastrukturen und an der Umwelt zu rechnen, wobei jedoch nicht die Gesundheit von Personen, die Zugänglichkeit von Gebäuden und das Funktionieren der sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten beeinträchtigt werden. Personen sind auch im Freien kaum gefährdet.

In den „gelben Zonen“ können bauliche Umgestaltungen, Vergrößerungen der bestehenden

urbanistischen Baumasse sowie Änderungen der Zweckbestimmung vorgenommen werden, sofern diese mit der Gefährdung vereinbar sind. Möglich ist hier auch die Errichtung von notwendigen landwirtschaftlichen Gebäuden an den Hofstellen.

Gebiete, die zum Zeitpunkt der Untersuchungen keine Gefahren aufweisen, werden hellgrau dargestellt. Sehr seltene Ereignisse, auch mit hohen Schadenspotential (z.B. Dammbruchwellen u. ä.), fallen unter die Restgefahr und werden nicht eingetragen. In nicht untersuchten Gebieten und im Zeitraum vor der Genehmigung des jeweiligen Gefahrenzonenplanes sind bei Bauvorhaben jedenfalls eine Gefahrenüber-

prüfung gemäß Richtlinien und eine Genehmigung nach Landesgesetz vorzunehmen.

Bei Bauvorhaben, die im Widerspruch zum Gefahrenzonenplan stehen, setzt die zuständige Behörde die Entscheidung über Bauanträge aus, bis das Projekt entsprechend geändert wird, Schutzbauten verwirklicht sind oder die Gefahrensituation anderweitig beseitigt ist. Die Gefahrenzonenplanung stellt eine große Herausforderung dar – und ist gleichzeitig ein heikles Thema mit Folgen für den Zivilschutz, für die Raumplanung und für den Wert von Grundstücken. Die Vorschriften des Gefahrenzonenplanes haben Vorrang gegenüber abweichenden Vorschriften des Bauleitplanes. Grundsätzlich

wird die Erstellung der Gefahrenzonenpläne mit 30 Prozent vom Land unterstützt; Gemeinden die als benachteiligt eingestuft sind können bis zu 40 Prozent der Kosten gewährt werden. ●



ZUM AUTOR

PATRIK AUSSERER

ist Geologe und Bürgermeister der Gemeinde Unsre liebe Frau im Walde - St. Felix; Er ist Mitglied des Rates der Gemeinden und des Verwaltungsrates des Südtiroler Gemeindenverbandes.

STICHWORT

Gefahrenzonenpläne

Die Durchführungsverordnung betreffend die Gefahrenzonenpläne (Dekret des Landeshauptmannes vom 5. August 2008, Nr. 42) nennt im Art. 7 zulässige Maßnahmen an Verkehrsinfrastrukturen und technischen Infrastrukturen in Zonen mit hydrogeologischer Gefahr (H4, H3 und H2):

- a) ordentliche und außerordentliche Instandhaltung;
- b) Anpassungen, die aus Gründen der Betriebssicherheit oder aufgrund von Rechtsvorschriften des Landes oder des Staates erforderlich sind;
- c) Anpassungen zur Einführung neuer Technologien;
- d) Erweiterungen, Sanierungen und Neubauten in Zonen mit sehr hoher hydrogeologischer Gefahr, nur mit Bezug auf wesentliche öffentliche Dienstleistungen, die nicht anderweitig angesiedelt und nicht verlagert werden können und bei Fehlen technisch und wirtschaftlich vertretbarer Alternativen, sofern sie mit der Zivilschutzplanung übereinstimmen und zuvor oder gleichzeitig geeignete, auch temporäre Vorkehrungen zur Reduzierung der potentiellen Schäden getroffen werden;
- e) Erweiterungen, Sanierungen und Neubauten in Zonen mit hoher und mittlerer hydrogeologischer Gefahr, sofern sie mit der Zivilschutzplanung übereinstimmen und zuvor oder gleichzeitig geeignete, auch temporäre Vorkehrungen zur Reduzierung der potentiellen Schäden getroffen werden.

Bereits im Art. 5 werden die zulässigen Maßnahmen an Gebäuden in Zonen mit hoher hydrogeologischer Gefahr (H3) aufgelistet:

- a) Abriss und Wiederaufbau zur Erhöhung der Gebäudesicherheit;
- b) Vergrößerungen der bestehenden oberirdischen Baumasse, sofern diese zur Erhöhung der Gebäudesicherheit beitragen;
- c) Errichtung von Parkplätzen im Sinne von Artikel 124 des Gesetzes, sofern diese unterirdisch angeordnet sind;
- d) Errichtung von unterirdischer Baumasse mit ergänzender Funktion für die Gebäude im Sinne von Artikel 23 des Dekrets des Landeshauptmanns vom 23. Februar 1998, Nr. 5;
- e) Errichtung von anderen Anlagen, die nicht als oberirdische Baumasse einzuordnen sind und auf jeden Fall solche Eigenschaften und Zweckbestimmungen aufweisen, dass sie weder Gefahren erzeugen noch erhebliche Schäden erleiden können;
- f) Neubauten in freien Baulücken, die in Siedlungsgebieten liegen oder Lücken am Siedlungsrand schließen, sofern die bestehende Gefährdung nicht verstärkt wird;
- g) Neubauten und Erweiterungen in ausschließlich durch Gleitschnee gefährdeten Gebieten laut den Richtlinien, sofern die bestehende Gefährdung nicht verstärkt wird. ●

Wichtige Entscheidungen zusammengefasst

KLAUS UNTERWEGER

Klare Vorstellungen bezüglich der Postdienste

Beim Treffen mit Vertretern des staatlichen italienischen Postunternehmens Posteitaliane AG wurde der Verwaltungsrat über den neu organisierten Postzustelldienst in Italien und auch in Südtirol informiert. Die abgegebene Post wird gesammelt und von 21 Zentren (bisher 131) verteilt. In Nordostitalien befindet sich ein solches Zentrum in Verona (das auch das Land Südtirol bedient), eines in Padua und eines in Venedig. Der Verteilungsdienst ist in vier Ebenen eingeteilt: RAM (Recapito Area Manager), größere Verteilerzentren (mit mehr als 30 Briefträgern), kleinere Verteilerzentren (mit weniger als 30 Briefträgern) und so genannte Verteilerpunkte. In Südtirol wird die Postzustellung von neun Verteilungszentren in Bozen, Brixen, Klausen, Bruneck, Lana, Meran, Auer, Toblach, Schlanders abgewickelt.

Die Arbeitsgruppe Post, in welcher das Land, die Gemeinde Bozen und der Gemeindenverband vertreten sind, vertritt folgenden Standpunkt: In jeder Gemeinde Südtirols soll mindestens ein Postamt erhalten bleiben, welches während des ganzen Jahres – ohne Unterbrechungen – die Öffnungszeiten von Montag bis Samstag garantiert. Einige wenige kleinere Postämter in Fraktionen können eventuell geschlossen werden. Die Postämter sollen für die Gemeinden den Zustelldienst übernehmen und den Bürgern bei Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung behilflich sein. Die staatlichen Gelder aus dem Mailänder Abkommen sollen nicht so sehr für die zusätzlichen Dienste (Ausnahme Gemeindezustellungen), sondern für die Verbesserung der

eigentlichen Postdienste (Öffnungszeiten und Postzustellung) verwendet werden. Die Arbeitsgruppe zieht in Betracht, dass die Postmitarbeiter für die Gemeinden eine Hilfestellung bezüglich ihrer E-Government-Dienste oder ihres Einheitsschalter für Gewerbetätigkeiten übernehmen könnten.

Der Verwaltungsrat hat sich darauf geeinigt, in den Postämtern eine Informationsstelle für Bürger und Unternehmer einzurichten, die Hilfestellung für die Nutzung der E-Government-Dienste der öffentlichen Verwaltungen in Südtirol anbietet. Es wurde auch vorgeschlagen, den Postämtern die Verwaltung der Fundämter zu übergeben. ●

Austausch über Südtiroler Bade- und Saunaanlagen

Die Vertreter der Genossenschaft der Südtiroler Bade- und Saunaanlagen unterstreichen bei einem Treffen mit Präsident Arno Kompatscher die soziale Funktion der Schwimmbäder und beklagen die oft mangelnde Transparenz bei den Tarifen. Zudem schlagen sie vor, bei der Planung von neuen Anlagen nach ökonomischen Gesichtspunkten vorzugehen. Der Verwaltungsrat ist bereit, bei den zuständigen Stellen zu intervenieren, damit der Landessportstättenplan in dem Sinne überarbeitet wird, dass nur mehr jene Anlagen vorgesehen werden, welche ein Einzugsgebiet versorgen, das ein wirtschaftliches Überleben gewährleistet. ●

Altenbetreuung und Kleinkinderbetreuung diskutiert

Präsident Arno Kompatscher informiert vom Treffen mit Landesrat Richard Theiner, bei dem die Themen Alten- und Kleinkinderbetreuung diskutiert wurde.

Altenbetreuung: die Altenheime sollen künftig einzige Anlaufstelle für die Aufnahme sein; vereinheitlichte Formulare sind in Ausarbeitung. Auch die Anträge für die Tarifberechnung sollen beim Heim eingereicht werden. Beim Gespräch zwecks Tarifbeteiligung soll auch ein Vertreter der Gemeinde teilnehmen können. Was die Klagelegitimation betrifft, soll die bisherige Regelung aus dem Jahr 2001 beibehalten werden.

Kleinkinderbetreuung: Es wurden erneut folgende Punkte bestätigt: für alle drei Kinderbetreuungsdienste (Kindertagesstätten, Kindertagesstätte, Tagesmutter- bzw. Tagesvaterdienst) werden jährlich im Einvernehmen mit dem Rat der Gemeinden die Standardkosten definiert. Zudem wird der jeweilige selbe fixe Anteil pro Betreuungsstunde vom Land und von den Gemeinden übernommen. Das Land übernimmt den Tarifaufgleich für einkommensschwache Familien. ●

Aufschlussreiches Treffen mit SELNET-Direktor

Beim Treffen mit Generaldirektor Luis Amort von der SELNET GmbH, die für die Stromverteilung innerhalb der SEL-Gruppe zuständig ist, wurden folgende Themen besprochen:

Die Elektrokabine werden künftig von der SELNET GmbH angekauft, außer jene in Miteigentumshäusern („Kondominien“).

Bei Grabungsarbeiten sollen die Gemeinden der SELNET GmbH eine Meldung zukommen lassen. So könnten weitere Grabungen vermieden werden. Die Bauunternehmer sollen von den Gemeinden aufgefordert werden, die Ansuchen um Baustrom rechtzeitig zu stellen, um so Verzögerungen vorzubeugen.

Die SEL AG wird die an der Stromverteilung interessierten Gemeinden

ansprechen und ihnen die erforderlichen Informationen zum Ansuchen bzw. den Berechnungen weiterleiten. Ab 1. September 2011 tritt die Neuregelung für die temporären Anschlüsse in Kraft (Zähler statt Pauschale). Die SELNET GmbH wird für die nächste Festsaison eine Information zusammenstellen, welche an die Gemeinden gesendet wird. ●

Treffen mit den Vertretern der nationalen Vereinigung der Zivilinvaliden

Beim Treffen mit den Vertretern der italienischen Vereinigung der Zivilinvaliden ersuchten diese, dass die Gemeinden vermehrt Arbeitnehmer mit Behinderung mit einem Anvertrauensvertrag in ihre Betriebe integrierten. Der Verwaltungsrat hat dies befürwortet. Zudem wurde der Wunsch geäußert, dass in den so genannten blauen Zonen kostenlos geparkt werden könne, wenn die Behindertenparkplätze besetzt sind. Der Verwaltungsrat stellte fest, dass die Parkplätze der blauen Zonen für Menschen mit Behinderung nicht geeignet seien. In diesem Zusammenhang wurde angeregt, die Regelung der Behindertenausweise zu überdenken und nach den europäischen Richtlinien zu überarbeiten. Der Behindertenausweis sollte außerdem vom zuständigen Amtsarzt ausgestellt werden, und nicht vom Gemeindearzt. ●

ZUM AUTOR

KLAUS UNTERWEGER ist Jurist und leitet die Revisionsdienststelle des Südtiroler Gemeindenverbandes.



Ernährung in Kindergärten und Schulen

In keiner anderen Lebensphase ist gesunde Ernährung so wichtig wie im Kindes- und Jugendalter, während der körperlichen und geistigen Entwicklung.

ELISABETH TREBO

Das Ernährungsverhalten ist ein zentraler Bestandteil eines gesunden Lebensstils; es wird wesentlich in den ersten zehn Lebensjahren erlernt und gebildet. Übergewicht ist die häufigste ernährungsbedingte Gesundheitsstörung bei Kindern und Jugendlichen und beginnt schon im Kindergartenalter. Deshalb gilt es, alle Möglichkeiten der Prävention zu nutzen. Betreuungseinrichtungen und Schulen haben einen Erziehungs- und Fürsorgeauftrag für die Ernährung und Gesundheit der Kinder und Jugendlichen.

Sie sind für die Qualität der ausgegebenen Speisen verantwortlich, da auch die Verpflegungsangebote in den Kindergärten oder Schulmensen einen zunehmenden Einfluss auf den Gesundheitszustand der Kinder haben. Sie werden in diesem Zusammenhang immer mehr mit den Problemen ernährungsbedingter Krankheiten konfrontiert. Allergien und Übergewicht erfordern fachkundige Begleitung. Gerade deshalb braucht es ein Rundum-Konzept für die richtige Ernährung und ein Mehr an Informationen über den Speiseinhalt.

Aufgrund der vielfältigen Anforderungen an die Planung und Zubereitung kindgerechter Mittagmahlzeiten ist eine bessere Qualifizierung der hauswirtschaftlichen



Die Ernährung beeinflusst maßgeblich Gesundheit und Wohlbefinden.

und pädagogischen Mitarbeiter in Betreuungseinrichtungen für Kinder unerlässlich. Alle an der Ernährung der Kinder beteiligten Personen in Kindergärten und Schulen sollten sich ihrer Zuständigkeit und Verantwortung bewusst sein und sich gegenseitig abstimmen. Die Kommunikation und Kooperation aller Beteiligten ist gefragt.

Um die Mitarbeiter in den Gemeinschaftsküchen in ihren Kompetenzen im Bereich Ernährung und Lebensmittel zu fördern und in ihrer Arbeitspraxis zu unterstützen hat die Verwaltungsschule des Südtiroler Gemeindenverbandes eine Reihe von Fortbildungen angeboten. Ziel dieser Weiterbildungsangebote war nicht nur,

durch die vermittelten Zusatzqualifikationen einen Mehrwert für alle Teilnehmer zu schaffen. Es ging vor allem darum, dass die betreuten Kinder und deren Eltern fortwährend davon profitieren.

Die kürzlich wieder begonnene Fortbildungsreihe „Kindgerechte Ernährung“, die gemeinsam mit der Landesberufsschule Savoy Meran organisiert wird, unterstützte schon in der Vergangenheit die Mitarbeiter in den Gemeinschaftsküchen praxisnah bei der gesundheitsbewussten und kindgerechten Verpflegung. Es konnten wieder namhafte Experten gewonnen werden, z.B. Professor Klaus Pittschierler, ein Facharzt für pädiatrische Gastroenterologie und Ernährung,

der zum Thema „Kann Ernährung krank machen?“ sprach.

Ernährungstherapeutin und Buchautorin Renate Mair informierte über die Aufgaben des Kindergartens und der Schulmensen in der Ernährungserziehung. Direktorin Hilde Kofler vom Kindergarten Sprengel Mühlbach klärte auf, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen pädagogischen Fachkräften und Mitarbeitern in den Gemeinschaftsküchen sei. ●

ZUR AUTORIN

ELISABETH TREBO

ist Mitarbeiterin in der Verwaltungsschule des Südtiroler Gemeindenverbandes.

PROJEKT

Mitreden in Sachen Lebensqualität

Eingehend mit der Zukunft ihrer Gemeinde befasst haben sich die Gsieser. Bei einer Bürgerversammlung in St. Martin wurden kürzlich die Ergebnisse einer Bürgerbefragung vorgestellt.

MARTINA VIEDER

Der Fragebogen wurde an insgesamt 1791 Personen ab 16 Jahren verteilt. 1121 ausgefüllte Fragebögen wurden wieder an den Sammelstellen abgegeben. Das entspricht einer Beteiligung von 62,6 Prozent. Es gab eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern sowie der Bewohner aller drei Fraktionen. Die Befragung wurde von der Fakultät für Soziologie der Universität Trient wissenschaftlich begleitet. Jüngst wurden nun die Ergebnisse bei einer Bürgerversammlung in St. Martin vorgestellt: Die Gsieser sind mit der Lebensqualität im Dorf zufrieden. Eine Skala von null bis zehn ergab einen durchschnittlichen Wert von „acht“. Im Vergleich zu Jugendlichen und Senioren sind die 31- bis 60-Jährigen jene, die mit ihrer Lebensqualität am zufriedensten ist.

Bei der Frage nach dem allgemeinen Gesundheitszustand vergaben immerhin mehr als 70 Prozent das Prädikat „gut“ bis „sehr gut“. Gsies ist aber auch – berufs- oder studienbedingt – das Tal der Pendler. 56 Prozent der Berufstätigen und Studenten pendeln. Laut Befragung fahren rund 86 Prozent der Pendler täglich in eine Ortschaft außerhalb des Tales. Mehr als 58 Prozent der Bevöl-



Foto: Stiftung Vital

Vor einem interessierten Publikum wurden jüngst in St. Martin die Ergebnisse der Bürgerbefragung zur „Gesunden Gemeinde Gsies“ vorgestellt.

kerung wünschen sich Anreize für die Ansiedlung neuer Betriebe. Und 45 Prozent sind der Ansicht, dass die Gemeindeverwaltung Anstrengungen unternehmen sollte, damit sich so genannte Kompetenzzentren in Gsies ansiedeln. Ein Großteil der Gsieser ist für Maßnahmen zur Sensibilisierung im Umwelt- und Landschaftsschutz, zur Müllvermeidung und zur weiteren Erschließung der Almen.

Die örtlichen Traditionen – besonders die erzählte Dorfgeschichte sowie die bäuerliche Tradition – sind vor allem für die 16- bis 30-Jährigen ein wichtiger Faktor für die Talzugehörigkeit

und gleichzeitig ein Auftrag an die ältere Bevölkerung. Als nicht ausreichend werden die Angebote für Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewertet; besonders bei der Kleinkinderbetreuung sind Verbesserungen notwendig. „Die große Bereitschaft, sich an dieser umfassenden Erhebung zu beteiligen, hat mich sehr gefreut und ist für mich und die gesamte Steuergruppe ein wichtiger Anstoß, am Projekt zügig weiterzuarbeiten“, sagt Bürgermeister Paul Schwingshackl. Aufgrund der Ergebnisse wird man sich in den nächsten zwei Jahren mit folgenden Schwerpunkten befassen: Mobilität, Jugend, Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz.

Der Steuergruppe „Gesunde Gemeinde Gsies“ gehören neben dem Bürgermeister Maria Reier Taschler, Stefan Burger, Ruth Fauster und Florian Steinmair an; unterstützend und koordinierend steht seit zwei Jahren die Stiftung Vital zur Seite. ●



ZUR AUTORIN

MARTINA VIEDER
ist Leiterin des Bereichs „Gesunde Gemeinde“ bei der Stiftung Vital.

*Der Südtiroler Gemeindenverband wünscht
allen Leserinnen und Lesern frohe Festtage
und ein glückliches Jahr 2012.*

*La Lia di Chemuns de Südtirol ti mbincia
a duc i letëures de bela festes da Nadel
y dut l bon per l Ann Nuef 2012.*

*Il Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano
augura a tutti i lettrici e lettori un sereno Natale
e un felice Anno nuovo.*

Von den Gemeinden für die Gemeinden



Südtiroler Gemeindenverband
Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano

Unsere Aufgaben:

- alleinige Interessensvertretung für alle Gemeinden und Bezirksgemeinschaften
- Dienstleistungen: juristische Beratung, Verwaltungsschule, zentrale Lohnbuchhaltung, Revisionsdienst, EDV
- politische Aufgaben
- Information und Kommunikation



Gemeindenverband
Consorzio dei Comuni
Consorzio di Comuni